

Bezugspreis: Vierteljährlich 105.— M. monatlich 25.— M. ...

Anzeigenpreis: Die einspaltige Nonpareilzeile kostet 16.— M. ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3

Sonnabend, den 6. Mai 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Vor den Entscheidungen in Genua.

Genua, 5. Mai, 11 Uhr abends. (Sozialdemokratischer ...)

Anfang nächster Woche soll die Vollkonferenz die nun fertiggestellten Beschlüsse der Wirtschaftskommission bestätigen.

Macht Lloyd George Ernst?

Paris, 5. Mai. (WZB.) Der Sonderberichterstatter des „Intendant“ in Genua will von einem englischen Beamten ...

Noblesse ist nicht Lloyd George, und wenn Frankreich wirklich zur Zahlung seiner Schulden gezwungen werden sollte, dann wird es bei seinem gegenwärtigen Geisteszustand aus uns noch mehr herauspressen wollen; will es wirklich Frieden, dann freilich müßte die Möglichkeit zur Zahlung gezwungen zu werden, ihm eine verständige Politik nahelegen.

Der Vorsitzende des Kammerausschusses für auswärtige Angelegenheiten, Lengues, hatte eine Unterredung mit Ministerpräsident Poincaré und vertrat nach dem „Temps“ den Standpunkt, daß eine feste Politik für Frankreich notwendig sei.

Sanktionsfrage und Presschwindel.

Paris, 5. Mai. (WZB.) Der Senator d'Estournelles de Constant hat an den Vorsitzenden des Senatsausschusses für auswärtige Angelegenheiten, Senator Doumergue, einen Brief gerichtet, der sich auf die vorgelegten Besprechungen des Ausschusses bezieht.

Vorbehalte gegen den Völkerbund.

Genua, 5. Mai. (WZB.) Die dritte Kommission für Wirtschafts- und Handelsfragen hat alle von der ersten Unterkommission vorgelegten Beschlüsse angenommen.

Valutafrage minderwichtig!

Genua, 5. Mai. (WZB.) Dem Unterausschuß der Wirtschaftskommission lagen die Vorschläge des Ausschusses für die Fragen der Arbeit, insbesondere die deutschen Anregungen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit vor.

Rum beantragte der Vorsitzende Colrat, Frankreich, den letztgenannten Punkt zu streichen, da in dem Hinweis auf die Valutarückwirkungen eine Beschränkung (!) der Untersuchung liege.

Ebenfalls gestrichen wurde der von dem Arbeitsausschuß auf Vorschlag Italiens eingefügte Artikel 66, der den Staaten die Förderung der genossenschaftlichen Bestrebungen anempfiehlt.

Paris, 5. Mai. (WZB.) Staatssekretär Dr. Fischer, der Vorsitzende der Kriegskostenkommission, ist heute nach Berlin abgereist.

Sowjetrußlands Wirtschaftslage.

Die Russen, die das Memorandum erst in einigen Tagen beantworten werden, haben der Finanzkommission eine Denkschrift überreicht, die die Unzulänglichkeit aller eigenen Krafquellen für den Wiederaufbau, ja selbst für die Rettung der Verhungerten und für die Bodenbedauung betont.

Tschischerin hat bekanntlich in seiner Protestnote gegen eine Zulassung der demokratischen Regierung Georgiens den kommunistischen Agitationsmarschzug getan, die Freiheit aller von Ententestaaten unterdrückter Völker, auch der Saarländer, zu fordern.

Wieder ein Belgier angeschossen.

Brüssel, 5. Mai. (Agence Belge.) Der belgische Jägerleutnant Proune wurde gestern in Homberg von zwei bewaffneten deutschen Zivilisten angegriffen und durch einen Pistolenschuß am Bein verwundet.

Angesichts jenes Verlangens nach Befreiung weiterer deutscher Bände — in der wir übrigens eine Feindseligkeit nicht erblicken dürfen! — sind solche Taten nicht mehr nur Rohheit und Gewalttätigkeit — sie sind blanke Landesverrat.

Wie die „Frk. Ztg.“ aus Königstein im Taunus erfährt, hat der Bürgermeister die Vertreter der umliegenden Gemeinden zusammenberufen und sie angewiesen, sich zur Einquartierung weiterer französischer Truppen bereitzuhalten.

Eine französische Kommission von 10 Mann besetzte die Wohnung des Herausgebers der „Riesener Warte“, Vaitreuter. Sowohl das Wohnhaus wie die Druckerei wurden durchsucht, so daß eine geregelte Fortführung des Betriebes unmöglich war.

Ein Kommunalsteuergesetz ist nun auch dem japanischen Parlament vorgelegt worden.

Der Ursprung des Konflikts.

Von Stadtrat Schünig.

Der Verfasser dieses Aufsatzes war bekanntlich Mitglied der U.S.P. und als solches zum Stadtrat gewählt worden. Er hat sich aber später mit seinem Kollegen Brühl unter schärfstem Protest gegen die Demagogie der unabhängigen Stadtverordnetenfraktion von der U.S.P. getrennt und seinen Eintritt in die Sozialdemokratische Partei angemeldet.

Die jüngsten Ereignisse zwingen zu der Frage, warum die Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der städtischen Arbeiter und Angestellten Begleitererscheinungen zeitigt, wie wir sie in der letzten Zeit wieder erleben mußten.

Was die Lohnverhältnisse anbelangt, so sind diese durchweg ungünstiger als in Privatbetrieben. Die Berechtigung, höhere Löhne zu erhalten, muß unter allen Umständen anerkannt werden. Wenn die städtischen Körperschaften trotzdem nicht in der Lage sind, die gestellten Forderungen restlos zu bewilligen, so hat das seine Ursache in der finanziellen Leistungsfähigkeit der Kommune.

Das Privatkapital wälzt höhere Produktionskosten reflexhaft und rücksichtslos auf die Konsumenten ab. Die Gemeinde kann das nicht tun. Ihre Einnahmen sind durch das Reich eng begrenzt. Höhere Ausgaben bedingen höhere Einnahmen. Das eine läßt sich von dem anderen nicht trennen. Deshalb ist der Magistrat gezwungen, wenn er die Stadtverordnetenversammlung um die Zustimmung ersucht, höhere Löhne zu zahlen — und es handelt sich doch immer um Hunderte von Millionen — von ihr zu verlangen, ihm die Mittel zu bewilligen, um eben diese höheren Löhne zahlen zu können.

Würde der Magistrat der Forderung gewisser politischer Demagogen Rechnung tragen und höhere Zahlungen leisten als er nach seiner Finanzkraft verantworten kann, so würde er nicht nur die Interessen der Allgemeinheit, sondern auch die Interessen der städtischen Arbeiter und Angestellten in verantwortungsloser Weise schädigen. Der finanzielle Zusammenbruch wäre die sichere Folge einer solchen Handlungsweise. Die Folgen eines solchen Zusammenbruches würden für die städtischen Arbeiter und Angestellten am verhängnisvollsten sein. Der lachende Dritte wäre unter den gegebenen Verhältnissen das Privatkapital, das sich nicht degegenüber den Verhältnissen das Privatkapital, das sich nicht damit begnügen würde, Betriebe zu finanzieren, um Einnahmen und Ausgaben in Einklang zu bringen, sondern auch auf Profit möglich wäre.

Auf diese Folgen hinzuweisen, unterlassen die Katastrophopolitiker.

Aber noch ein anderer Umstand verdient Beachtung. Treten die Arbeiter dem Privatkapital zwecks Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse gegenüber, so geschieht dies durch ihre gewerkschaftlichen Organisationen. Kurze und sachliche Verhandlungen führen in der Regel zu einer Einigung. In anderen Fällen entscheidet der Kampf, der nach gewerkschaftlichen Grundregeln, ohne jede politische Beeinflussung geführt wird. Anders ist es in der Kommune und speziell in Berlin. Die Lohnbewegungen der städtischen Arbeiter und Angestellten werden politisch von verschiedenen Parteien in verantwortungsloser Weise ausgenutzt. Ist die Entscheidung, sei es durch Einigung oder durch Schiedspruch, für Arbeitnehmer und Magistrat gefallen, so treten die politischen Parteien der Stadtverordnetenversammlung in Aktion. Die wirtschaftlichen Interessen der städtischen Arbeiter und Angestellten werden zurückgedrängt und die politischen Interessen der betreffenden Parteien in den Vordergrund gerückt. Diese Tatsache ist so offenkundig, daß man sich wundern muß, daß die Gewerkschaften in der Gesamtheit diesem traurigen Schauspiel noch keinen Einhalt geboten haben, zumal die politischen Folgen die Gesamtarbeiterschaft zu tragen hat, denn daß die bürgerlichen Parteien bei diesem Kampfe die Gewinnenden sind, ist doch durch die letzte Wahl zur Genüge bewiesen.

Es wäre dringend zu wünschen, daß die städtischen Arbeiter und Angestellten sich diese verantwortungslose politische Bevormundung verbitten würden. Statt dessen könnte man sich damit beschäftigen, das Lohnsystem mehr zu spezialisieren, damit die qualifizierten Arbeitskräfte, gemäß ihrer höheren Leistungsfähigkeit, den Betrieben erhalten bleiben.

Der Magistrat ist durchaus nach jeder Richtung hin bereit, die Lohnverhältnisse günstiger zu gestalten; er kann dies aber nur, wenn ihm die genügenden Mittel, und zwar rechtzeitig, zur Verfügung gestellt werden.

Die Sozialdemokratische Partei ist sich ihrer Verantwortung gegenüber den städtischen Arbeitnehmern, als auch gegenüber der Gesamtarbeiterschaft voll und bewusst. Sie lehnt es ab, eine Politik der Populartäuscherei und der Verantwortungslosigkeit zu treiben. Sie ist fest davon überzeugt, daß die Arbeiterschaft die von ihr be-

triebene Politik der Verantwortung zu würdigen versteht und wird alles daran setzen, die schädlichen Begleiterscheinungen und Folgen, welche sich bei der Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der städtischen Arbeiter und Angestellten zeigen, zu beseitigen.

Der Reichsverrat des Kronprinzen.

Thronverzicht mit Vorbehalten.

Den Erinnerungen des ehemaligen Kronprinzen an den 9. November widmet der Sozialdemokratische Parlamentsdienst längere Ausführungen, denen wir folgendes entnehmen:

Was wollten denn Schulenburg und der ehemalige Kronprinz? Wenn es ging, wollten sie mit monarchistisch gebildeten Truppen nach Deutschland marschieren und die Revolution niederschlagen. Ging das aber nicht, und sie sahen wohl selber ein, daß es nicht ging, dann hatten sie noch einen anderen letzten Rettungsplan, für den sie auch Wilhelm II. gewonnen hatten. Die deutsche Kaiserkrone sollte äußerlichfalls aufgegeben werden, um die preussische Königskrone zu retten.

Was bedeutete es, wenn der Plan gelang, wenn Wilhelm II. aufhörte, Kaiser zu sein, aber König von Preußen blieb? Das bedeutete nichts anderes, als daß die Reichseinheit dem dynastischen Familieninteresse der Hohenzollern zum Opfer gebracht worden wäre. Der Gedanke ist echt altpreußisch, echt schuleburgisch, echt hohenzollernisch. Hatte nicht Friedrich Wilhelm IV., die deutsche Kaiserkrone abgelehnt, weil sie mit dem „Ludergeruch der Revolution“ behaftet war? Hatte nicht Wilhelm I., als ihm der Kaiserplan Bismarcks vorgetragen wurde, geknurr: „Was soll mir der Charaktermajor?“ Hatte nicht einer der Palatiner, der preussische Kriegsminister v. Koon, nach der Kaiserproklamation im Spiegelsaal von Versailles die höhnen Worte gesprochen: „Ist nun das Kaiserthronen endlich aus dem Ei gekrochen?“ Ja, wäre jener groteske Plan, sich mit dem Schicksal mit 50 Proz. auszugleichen, gelungen, dann gäbe es heute wohl noch eine königlich preussische Hohenzollern-Dynastie, aber kein Deutsches Reich mehr. Verzichtete Wilhelm II. auf die Kaiserwürde und blieb er König von Preußen, dann war der Fürstentum, auf dem das alte Deutsche Reich beruhte, zerrissen, die Reichsverfassung gesprengt, es gab kein Deutsches Reich mehr, sondern nur noch ein Preußen, Bayern, Württemberg, Hessen, Sachsen, Oldenburg, Mecklenburg-Schwerin, Mecklenburg-Strelitz usw. Damit wäre im dynastischen Interesse der Hohenzollern genau dasjenige vollbracht worden, was Clemenceau gewollt hatte und was ihm die deutsche Republik verdard: der Zerfall des Reiches.

Der Zerfall des Reiches, das wäre der vollkommene Triumph des französischen Imperialismus gewesen. Dann gab es bei den Friedensverhandlungen keine Reichsregierung mehr, mit der man zu unterhandeln hatte, sondern nur noch Regierungen von Preußen, Bayern, Sachsen usw. Welche herrliche Gelegenheit wäre das gewesen, den Spalt bis zur völligen Zersplitterung weiterzutreiben, einen gegen den anderen auszuspielen und einen Teil des Reiches zur französischen Interessensphäre zu machen, wie es zu Zeiten Napoleons und des Rheinbundes gewesen war?

Zum Schluß wird gesagt, das Reich sei im Kampfe gegen partikularistische Fürsteninteressen entstanden, nur als Republik könne es sich erhalten und entfalten.

Aus den Erinnerungen des Ex-Kronprinzen, die demnächst in Rosners Veröfentlichung herausgegeben werden sollen, verdient noch vermerkt zu werden, was dort über den Kronprinzlichen Thronverzicht zu lesen steht. Der Verfasser schreibt erläuternd, entschuldigend und auslegend:

„Und gibt jemand, der in großer Not zum Wohl des Ganzen den Verzicht auf ein vererbtes Recht erklärt, etwas von dem höheren freien Rechte preis, dem Ruf zu folgen, wenn er niemals aus dem Willen der Mehrheit an ihm ergehen sollte? Mein aus Liebe zu dem Vaterlande ausgesprochener Verzicht kann auch für mich kein Mangel sein...“

Kandinsky.

Wenn ein Komponist in einem Musikstück die Stimmung eines Sonnenuntergangs am Meere zum Ausdruck bringt, so erwartet man von ihm nicht, daß er dabei das Rauschen der Wellen, das Säulen des Windes, das Schreien der Vögel und das Rascheln des Straußens hörens hören läßt. Rhythmisch bewegte Töne genügen, um in der Seele des musikalisch empfänglichen Hörers die beabsichtigte Stimmung zu erzeugen. Wenn aber ein Maler dasselbe Motiv behandelt, so gilt es als selbstverständlich, daß auf dem Stimmungsgebilde das Wasser und die Luft, das Licht, der Sand und die Wellen sichtbar werden. Deshalb? Kann nicht allein durch rhythmisch bewegte Linien und Farben, die nichts Gegenständliches, keine äußere Wirklichkeit vorzudrücken suchen, derselbe Stimmungseffekt erzielt werden wie durch den Rhythmus eines Musikstücks? Ganz gewiß. Und wenn die Wirkung dieser sogenannten „absoluten Malerei“, die nur mit den reinen Kunstmitteln der Linie und der Farbe arbeitet, sich heute noch auf eine verhältnismäßig kleine Zahl von Kunstfreunden beschränkt, während die ebenso „absolute“ Kunst der Musik Millionen von verständnisvollen Genießern findet, so liegt das einfach daran, daß die ästhetische Kultur des Auges heute lange nicht so ausgebildet ist wie die des Ohres. Man sieht im Kunstwerk wie in der Natur immer nur das Gegenständliche, und die ästhetischen Eindrücke, die die Farben, Linien und Formen, in der Natur und im Kunstwerk den meisten Beschauern geben, sind rein sinnlicher Natur: man empfindet sie allenfalls als „schön“ oder „häßlich“, aber tiefere, seelische Erregungen lösen sie nicht aus.

Dasselbe scheint es doch, daß wir uns jetzt auf dem Wege zu einer ästhetischen Kultur des Auges befinden, und als der wichtigste und höchste Führer zu diesem Ziel bietet sich gerade die absolute Malerei dar. Ihr Begründer und zugleich theoretischer Wortführer ist der Maler Kandinsky, neben Chagall die stärkste und eigenartigste Persönlichkeit in der gegenwärtigen russischen Kunst. Kandinsky lebte vor dem Kriege in München, stand seit der russischen Revolution mit an der Spitze der Kunstverwaltung der Sowjetrepublik und hat seine Wohnsitz jetzt in Berlin aufgeschlagen. Die Kunstausstellung Goldschmidt u. Wallerstein (Schöneberger Ufer 36a) eröffnete in diesen Tagen eine Ausstellung der Gemälde, die er während der letzten Jahre geschaffen hat.

Den Vekern des „Vorwärts“ ist der Name und die Eigenart dieses Künstlers nicht fremd; ich habe bei Besprechung namentlich der Sturm-Ausstellungen oft und ausführlich über ihn berichtet. Ein großer Teil des Berliner Publikums und auch der Berliner Kritik scheint ihn erst jetzt zu entdecken. Man preist und umjubelt ihn und tut, als ob diese Ausstellung etwas ganz Neues brächte. In Wirklichkeit ist Kandinsky derselbe geblieben, der er seit zwölf Jahren war, seine Persönlichkeit ist nur reifer, seine Malerei reiner und klarer geworden. In der Kunst, aus verschiedenartigen Linien und Farbformen rhythmische Organismen von tiefstem Stimmungsgehalt, von pathetischer Wucht, von zartem Märchenwitz, von düsterer Resonanz und von so wie glänzendem Trost in lebendig werden zu lassen — in dieser Kunst ist er der große, von keinem anderen erreichte Meister.

Es ist unsinnig, Kandinsky einen Farbenkünstler zu nennen; Linie, Farbe und Form sind bei ihm ungetrennt und gerade in

Danach mühte man annehmen, Wilhelm habe bei der Leistung der Unterschrift sich so ungefähr gedacht, daß der Verzicht eine Art Fegepapier sei. Es komme ja doch fürs erste nur darauf an, „sich auf den Boden der Tatsachen“ zu stellen. Dabei möchten wir mit allem Nachdruck vor dem Irrtum warnen, als ob wir ihn für einen gefährlichen Feind der Republik ansähen. Im Grunde genommen soll ja die ganze Schreiberlei nur die eigene Kleinheit entschuldigen. Auch er hat nicht zu sterben gewünscht, sondern sich nach Holland aus dem Staube gemacht. Und er hat noch Wochen später, als der erste Schreck längst überwunden sein mußte, eine feierliche Verzichtserklärung auf alle seine Ansprüche unterzeichnet, nicht aus den Scheingründen, die er jetzt dafür zusammenklaut, sondern aus anderen Gründen, die mit der finanziellen Auseinandersetzung seiner Familie mit dem Freistaat Preußen eng zusammenhängen.

Der Treppenvogel bei dieser Geschichte ist nur, daß er sich auch in dieser Annahme verrechnet hat. Deswegen war er ja später für eine Art Erbteilung noch bei Lebzeiten Wilhelms II., um materiell ordentlich auf die Beine zu kommen.

Was ist nun wahr?

Deutschnationale und kommunistische Urteile über Severing und Richter.

Seit drei Tagen schreit sich die „Rote Fahne“ die Kehle heiser über die Genossen Severing und Richter. „Rechtssozialistische Sinnes-Minister“, „Palatiner des Bürgertums“ usw. sind noch die mildesten Ausdrücke. Am Freitagabend tobt sich die „Rote Fahne“ wiederum in folgenden Sätzen aus:

Die gesamte Arbeiterschaft, die ohne Unterschied der Partei den Boykottangriff auf die Demonstrationen als einen Angriff auf das Proletariat als Klasse empfand, sieht nun an der Spitze der bürgerlichen Front, die sich ihr entgegengestellt hat, den sozialdemokratischen Innenminister Severing und mit ihr die Führer der SPD.

Das würde nun vielleicht diesen oder jenen bedenklich stimmen, wenn man nicht am gleichen Freitagabend in der konservativen „Kreuz-Ztg.“ folgende Sätze las:

Die große Koalition in Preußen, die uns den Kultusminister Boeltz gebracht hat, ist der warmen und zur Vorsicht mahnende Beginn. Nach wie vor beherrschen die Tage Braun und Severing. Die Deutsche Volkspartei dient nur dazu, in der Regierung als Mitträger der Verantwortung für eine im Hinblick auf das Volksganze unverantwortliche Politik die Opposition zu binden und die Gegenkräfte lahmzulegen. Von einer irgendwie nationaleren und mehr bürgerlich orientierten Politik, die uns von dem Einfluß der Deutschen Volkspartei auf die Regierungsgeschäfte verprochen worden war, ist nichts zu hören. Also auch das „kleinere Uebel“ hat sich nicht besser erwiesen. Der sozialdemokratische Terror, der systematisch mit den Mitteln der geschaffenen Demokratie ausgebaut wird, besteht nach wie vor.

In den kommunistischen Versammlungen, die am Donnerstagabend stattfanden, haben sich Hejredner bemüht, Severing und Richter als „Nordbestien“ hinzustellen. Der Kommunist Schumacher, bei dem das Schwelgen in schmutzigen Ausdrücken Ausfluß seines Charakters zu sein scheint, hat sich folgende Sätze gegen Richter geleistet:

Als am Dienstag die hungernden Arbeiter ihren ruhigen Umzug um das Rathaus veranstalteten, begab sich der Chef der Polizei, seines Zeichens Sozialdemokrat, früher Metallarbeiter, dann Kassenklausur von den Eisenbahnorganisationen, dann Streikführer, Polizeipräsident Richter, zu Fuß zum Rathaus und leitete von einem Fenster aus die Schlächt. Während die Schupo-Mannschaften nur sehr widerstrebend gegen die Arbeiter vorgingen, trieben die Offiziere sie von hinten her gegen die Demonstrierenden. Wenn es unter den Arbeitern keine Tote gab, so ist das wahrlich nicht das Verdienst Richters und seiner Offiziere, die darauf brannten, Arbeiterblut zu vergießen. (Im Original fett gesetzt und in die Mitte gerückt. Red. d. B.)

Was das Wort „Kassenklausur“ gegen den in jeder Beziehung unantastbaren Polizeipräsidenten anbelangt, so-

wie die Behauptung, er habe darauf gebrannt, Arbeiterblut zu vergießen, so ist kein Ausdruck der Verachtung für diese niedrigen Verteilermethoden kräftig genug. Aber was die sachlichen Behauptungen anbelangt, so stellen wir ihnen einfach folgenden Ausfall der deutsch-politischen „Deutschen Zeitung“ gegen Genossen Richter gegenüber:

Was ist das für ein Polizeichef, der seine unter schwierigsten Umständen ihre Pflicht erfüllenden Beamten derart im Stich läßt. Sie in dieser hohnbühnen Form disqualifiziert und in Angst und Notmaßnahmen brückt, die sich folgerichtig aus der durch die verheerenden Arbeiter geschaffenen Lage ergeben und die vom Oberbürgermeister und Stadterordnetenvorsteher selbst erbeuten worden war.

Was ist das für ein Polizeichef, der, anstatt auf seinem Posten zu stehen, selbst

Demonstrationssteilnehmer ist.

(Im Original fett gesetzt und in die Mitte gerückt. Red. d. B.) und mit seinen „Befürchtungen“ weiser ist als der liebe Gott!

So wird von der äußersten Rechten wie von der äußersten Linken in der gleich demagogischen und unverantwortlichen Weise gehetzt und geschrieben. Es ist nur gut, daß die Heizer aus beiden Lagern sich wechselseitig als Lügner entlarven.

Der geschwungene USP.-Säbel.

Auch Dipinski Polizei haut und sticht!

Bei der agitatorischen Ausschachtung der bedauerlichen Zusammenstöße vor dem Rathaus haben die unabhängigen, insbesondere die „Freiheit“ und die unabhängige Landtagsfraktion, mit den Kommunisten gewetteifert. Nun hat schon am Donnerstag Genosse Severing im Landtag darauf hingewiesen, daß es ja auch in Leipzig am 1. Mai zu Zusammenstößen mit der Schupo-Polizei gekommen ist, die unter dem Kommando des unabhängigen sächsischen Innenministers Dipinski steht. Daraus wurde ihm aus der USP.-Fraktion entgegengerufen, daß bei dem Zusammenstoß an der Leipziger Universität von der Waffe kein Gebrauch gemacht worden und kein Blut geflossen sei. — Nun aber haben merkwürdigerweise die Kommunisten des sächsischen Landtags eine Anfrage an die sächsische Regierung gerichtet, in der es heißt:

Nach Zurückkehr dieser Gruppe in den Universitätshof, in welchen sich infolge des Gerüchts, die Besieger des Daches seien von der Polizei geschlagen und verhaftet worden, mittlerweile weitere Demonstrationen Zutritt zu verschaffen versucht hatten, ist es zwischen den letzteren und der Polizei zu einem blutigen Zusammenstoß gekommen.

Dieser wurde dadurch hervorgerufen, daß auf Befehl des Schupo-Hauptmanns Schreyer ein Teil der Polizeibeamten mit gezogenen Säbeln ganz hienlos auf die Demonstrationen einschlug, während der größte Teil der Beamten Zurückhaltung übte.

Der unverantwortliche Waffengebrauch gegen die unbewaffneten Demonstrationen hatte zur Folge, daß ungefähr 18 Arbeiter und Arbeiterinnen teilweise sehr schwer verletzt wurden.

Wir können von hier aus nicht beurteilen, ob die Schuld der Kommunisten zutrifft. Jedenfalls aber ist festzustellen, daß die Vorgänge in der Leipziger Universität von den Kommunisten fast aufs Haar so dargestellt werden wie die Vorgänge vor dem Berliner Rathaus.

Da entsteht nun allerdings die Frage: wie haben in Leipzig USP. und SPD, die dort die herrschende Stellung in der Arbeiterschaft haben, gegen das von ihnen behauptete Bluthat protestiert? Hat es auch in Leipzig einen Proteststreik gegeben? Wird die „Freiheit“ nun auch gegen Dipinski ebensolche schamlos-blöde Keimereien veröffentlichen wie gegen Richter?

Und schließlich: Gedankt bei der Besprechung der kommunistischen Anfrage im sächsischen Landtag die unabhängige Landtagsfraktion Sachsens gegen den Minister Dipinski dieselbe Haltung einzunehmen, wie die unabhängige Landtagsfraktion in Preußen gegen Minister Severing?!

dem sicheren, aufs feinste abgemessenen organischen Gesamtaufbau aller malerischen Elemente liegt seine Stärke. Man sehe, wie auf dem Gemälde „Roter Fleck“ durch die nach rechts gerichtete dominierende rote Farbform die weiße unregelmäßige Fläche rhythmisch gegliedert und das ganze Bild ins Gleichgewicht gebracht wird; wie auf dem „Schwarzen Fleck“ das gesamte Gerüst der Komposition durch die schwarze Scheibe (rechts oben) und die beiden kleineren roten und blauen (links unten) zusammengehalten ist. Das sind Beispiele einer reifen Flächenbeherrschung und eines vollkommenen Bildaufbaus, wie sie die gegenständliche Malerei nie zuwege bringen kann, weil diese durch die Linien und Farbformen der Wirklichkeit in der klaren Auswirkung der rhythmischen Bifision stets mehr oder weniger behindert ist.

Kandinskys Arbeiten der letzten beiden Jahre (1920 und 1921) unterscheiden sich von den früheren vor allem dadurch, daß an die Stelle der oft etwas roushigen Farben ein ganz reines und klares Kolorit getreten ist und daß die früher bevorzugten organischen Formen durch mehr oder weniger abstrakte abgelöst erscheinen. Die bei Werken der absoluten Malerei immer etwas störende Erinnerung an Naturformen (das Bild „Im Grau“ von 1919 wirkt stellenweise wie ein Bild in ein Aquarium) ist vollkommen überwunden. Die Farbenharmonien sind von einer sinnlichen Schönheit und einem Wohlklang, der nicht mehr zu überbieten ist. Dabei nirgends eine Spur von äußerlicher, dekorativer Gefälligkeit, sondern jedes Bild Zeugnis und Offenbarung tiefsten seelischen Erlebens. Ein Gemälde wie „Kreuz auf Schwarz“ gehört zu dem Größten, was die Kunst unserer Zeit hervorgebracht hat.

Im übrigen zeigt diese Kandinsky-Ausstellung wieder einmal, wie nahe unserem Empfinden die moderne russische, im Gegenfall zur allerneuesten französischen Kunst steht. John Schikowski.

Grabbes „Napoleon“ im Staatstheater. Ein ungeheures Werk der Phantasie, der Gestaltung, des Willens, aber auch des Irrtums, der Knabenhaftigkeit und Uebertriebung. Kurz, ein totes Werk, das Gott sei Dank bei den Klassikern begraben ist. Um die Wiederbelebung hoch verdient Leopold Zehner, der Intendant, Regisseur und Marschmeister der Massen, der Bühnenmaler Cäsar Klein und Ludwig Hartau, der Napoleon. Hundert Probleme sind zu erörtern. Sie sind schwierig. Wir werden zu keinem reinen Genie geführt. Wir müssen uns doch damit herumlagern. Heute Abend soll es geschehen. M. H.

Neuere Literatur im Schulunterricht. Eine bemerkenswerte Befragung des Provinzialschulcollegiums in Hannover, die überall Beachtung finden sollte, erklärt es für einen Mangel, daß nur verhältnismäßig wenige Schulen auch neuere deutsche Prosa dichterischer und wissenschaftlicher Art in den Kreis der zu lesenden Schriftwerke aufgenommen haben. Daß unsere Schulen die Literatur einseitig nur in ihren poetischen Erzeugnissen darbieten, ist, wie die Verfügung betont, eine alte Klage. Außerhalb der Schule aber treten vor allem die Novelle und der Roman oder das wissenschaftliche Buch an sie heran. Die Schule verjagt eine wichtige Aufgabe, wenn sie die Schüler nicht anleitet, auch solche Werke mit Verständnis und Urteil zu lesen.

„Mitspielendes“ und „zuschauendes“ Theaterpublikum. Der Theaterbesucher legt sich wohl nur selten Rechenschaft darüber ab, weshalb die durch das Spiel gemachten Eindrücke ihm einen Genuß gemähren. Die Psychologen aber haben die Erscheinung des Kunstgenusses in einem Theater durch die verschiedensten Theorien zu erklären versucht. In seiner vor kurzem bei S. O. Teubner in Leipzig erschienenen „Psychologie der Kunst“ unterscheidet Richard Müller-Freienfels zwischen zwei Typen, die er „Mitspieler“ und „Zuschauer“ nennt. Und er bringt dafür eine Reihe interessanter Zeugnisse bei. „Ich vergesse vollständig, daß ich im Theater bin“, sagte ihm z. B. eine Dame. „Meine eigene bürgerliche Existenz ist mir vollkommen entschwunden. Ich spüre nur noch die Gefühle der handelnden Personen in mir. Bald rase ich mit Othello, bald zittere ich mit Desdemona. Bald auch möchte ich reitend eingreifen. Dabei werde ich aus einer Stimmung so schnell in die andere gerissen, daß ich gar nicht zur Besinnung komme. Im allgemeinen ist das am stärksten in modernen Stücken, doch erinnere ich mich, daß ich im „Römisches Lager“ an einem Altischluß bemerkte, daß ich mich ganz fest an eine Fremdling angeklammert hatte vor lauter Entsetzen. Diese Art, Kunst zu genießen, ist die allerprimitive, wie sie die Kinder haben oder auch das romanische Publikum bisweilen zeigt, das den Darsteller des Bösewichts mit Wurfgelassen bombardiert. Aber auch bei höherer ästhetischer Kultur gibt es solche „Mitspieler“, deren Miterleben der Vorgänge auf der Bühne rein geistig ist. Ganz entgegengekehrt ist der Genuß des „Zuschauers“, für den die folgende Schilderung bezeichnend ist: „Ich sitze vor der Bühne wie vor einem Bilde. Jeden Augenblick weiß ich, daß die Vorgänge da vor mir nicht Wirklichkeit sind; keinen Augenblick vergesse ich ganz, daß ich im Parkett sitze. Gewiß empfinde ich zuweilen die Gefühle oder Leidenschaften der dargestellten Personen, aber das ist nur Material für ein eigentliches ästhetisches Gefühl. Das ist nie mit den dargestellten Leidenschaften, sondern immer über die dargestellten Leidenschaften gefühlt. Dabei ist mein Urteil befähigt wach und klar. Mein Gefühl bleibt immer bewußt. Nie reißt es mich mit, und geschieht das doch einmal, so ist mir das unympathisch.“ Müller-Freienfels meint, daß solche gegensätzlichen Typen des Kunstgenusses in vollkommener Reinheit selten sind, daß vielmehr beide Empfindungen, das „Mitspielen“ und das „Zuschauen“, im Kunstgenuß zusammenwirken.

Der Film als Kunstgeschichtslehre. In Frankreich ist man seit einiger Zeit an der Arbeit, den Film nicht nur für das Studium der Naturwissenschaften, der Geographie usw., sondern auch für die Kunstgeschichte zu verwenden. Es werden von den bedeutendsten Kunstwerkern der Pariser Museen und von den herporragendsten Gelehrten der französischen Kunst Standsfilme aufgenommen, die einen vortrefflichen Eindruck des Kunstwertes vermitteln. Mit Hilfe dieser Filme will man auch den kunstgeschichtlichen Unterricht in der Schule beleben. Dieser Plan wurde auf dem letzten pädagogischen Kongress in Paris ausführlich erörtert, und der Generalsekretär der Seine-Präfektur Kubanel erklärte darüber: „Die Verwendung des Kinos im kunstgeschichtlichen Unterricht ist nur eine logische Fortsetzung der Bestrebungen, den Film überhaupt für die Pädagogik zu verwenden. Seit langem weiß man, daß die Erziehung durch das Auge am leichtesten und raschesten vor sich geht. Der Geist wird viel mehr durch den Blick als durch das Gehör gefesselt, und auch

Hochverräter Dr. Heim.

München, 5. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die „Münchener Post“ veröffentlicht heute zwei Dokumente, welche geeignet sind, die hochverräterische Umtriebe der bayerischen Monarchisten in ihrer ganzen Befährlichkeit erkennen lassen. Das erste Dokument ist ein Bericht des Vorsitzenden des bayerischen „Ordnungsblatts“, Dr. Tafel, in dem er feststellt, daß es in Bayern wie in Oesterreich Leute genug gibt, die aus Erblichkeit über die „Berliner Mißwirtschaft“ die Loslösung Bayerns vom Reich betreiben. Bayern müsse das Schwergewicht über das ganze Deutsche Reich erhalten. Dazu verlange man in maßgebenden Kreisen einen unabhängigen Staatspräsidenten und eine berufsfähige Kammer.

Hier folgt nun die „Münchener Post“ mit einem zweiten Dokument ein, das die Jährerschaft des Dr. Heim und seiner Bauernkammer grell beleuchtet. Es handelt sich um einen Brief des wegen Landesverrats an Frankreich aus der bayerischen Königsarmee ausgeschlossenen Grafen Bothmer an Dr. Heim vom 21. April 1920. Die Hauptrolle in diesem Schreiben spielt ein deutsch-österreichischer Agent, der im Auftrage dieser beiden „Patrioten“ herumreist, und zwar zu den Franzosen über Mainz, zu Dr. Doret nach Wiesbaden und zu dem von Dr. Heim schon damals als französischen Gesandten in München ausgereisten Dr. C. D. Der Brief enthält weiterhin die im Stil der königlich bayerischen Diplomatie gehaltene Empfehlung an Dr. Heim, seine Reise nach Italien vor seinen französischen Vertrauensmännern abzuleugnen, ferner das Ersuchen, Herrn Dard über den beschuldigten Landesverrat nicht zu eingehend zu informieren und damit er auch weiter in den Händen Dr. Heims bleiben könne. (Was Dards Kompromittierung verhindert hätte!) Professor Fäcker sei als Mittelmann mit den Franzosen so zu verwenden, daß den Franzosen die Angst vor der Revanchebewegung in Bayern durch die Persönlichkeit dieses Pazifisten zerstreut werden würde. — Schließlich teilt Graf Bothmer Dr. Heim mit, daß den Franzosen durch ein Mißverständnis (!) die Meinung beigebracht worden sei, daß Dr. Heim schon in kürzester Zeit, d. h. innerhalb der nächsten 14 Tage, die Regierung in Bayern übernehme und Bayern vom Reich abtrennen werde.

Dieses Dokument, das den offenkundigen Landesverrat Dr. Heims zweifellos erweist, wird hoffentlich der politischen Tätigkeit dieses Mannes ein rasches Ende setzen.

Der Kunstbesitz der Hohenzollern.

Die Auseinandersetzung zwischen dem preussischen Staat und dem normalen Königshaus hat noch keine endgültige Lösung gefunden. Wie verlautet, will man jetzt die Abgrenzung des Eigentums einem Schiedsgericht überlassen. Dieses Schiedsgericht wird seine Entscheidungen natürlich nur nach juristischen und finanziellen Gesichtspunkten treffen, und es besteht daher die Gefahr, daß bei der Trennung des Eigentums organisch Zusammenhängendes auseinandergerissen wird und Werte von künstlerischer oder historischer Bedeutung dem preussischen Volke verloren gehen. Zur Wahrung dieser geschichtlichen und künstlerischen Werte ergreift nun eine Anzahl prominenter Vertreter der Kunst und Wissenschaft das Wort in einer Rundgebung, deren Bedeutung schon aus dem Namen der Unterzeichner erhellt. Es sind dies: W. v. Bode, Generaldirektor der Staatlichen Museen, A. v. Harnack, Generaldirektor der Staatsbibliothek, A. v. J. J. v. J., Direktor der Nationalgalerie, L. J. J., Intendant des staatlichen Schauspielhauses, v. Schilling, Intendant der Staatsoper, F. W. v. K., Generaldirektor der Staatsbibliothek, P. J. J., Generaldirektor der Staatsarchive, und A. J. J., Konservator der Kunstdenkmale.

Sie weisen auf die Pflicht jeder Regierung und jedes Volkes hin, das geistige Vermächtnis der Nation als Denkmal ihres Bildungs- und Kunstfleißes unverehrt der Allgemeinheit zu erhalten, und sie zitieren folgende Stelle aus dem Testament des alten Frit: „Ich habe die Einkünfte des Staates als einen Teil des Lebenssaftes meiner Väter betrachtet, worüber ich ihnen Rechenschaft schuldig bin, und niemals habe ich daher auch nur den kleinsten

menn Worte unbedingt notwendig sind, so hasten sie doch besser im Gedächtnis, wenn sie durch Bitter ergänzt werden. Die Kunstgeschichte hat in erster Linie die Verpflichtung, sich diesen Fortschritt zunutze zu machen.

Ransen will nichts von Politik wissen. Nach einem Bericht der „Leta-Agentur“ hat das Internationale Hilfskomitee für Rußland in Rostau mitteilen lassen, daß Professor Ransen den ihm angebotenen Titel eines Ehrenmitgliedes des Moskauer Rates ablehnen müsse, da ihm seine wichtigen internationalen Aufgaben humanitären Charakters daran hindern, sich in irgendeiner Weise mit Politik zu befassen.

Die Frana. Die Stadt San Fratello, in 700 Meter Meereshöhe am Rande einer kleinen Hochfläche nahe der Nordküste von Sizilien gelegen, wurde kürzlich durch eine „Frana“ größtenteils zerstört. Damit ist von neuem die Aufmerksamkeit auf diese Sandplage Italiens gelenkt. Was ist eine Frana? Italien ist bekanntlich größtenteils Gebirgsland; die unteren Teile der Apenninberge sind nun meist von einem Mantel weicher Tone und Mergel umhüllt, die bei starker Nässe ausfallen, breiig werden, ihren inneren Zusammenhalt und ihre Verbindung mit der festigen Unterlage verlieren und daher an den Hängen ins Rutschen und Gleiten kommen. Alles, was der Mensch auf solchem Boden etwa errichtet hat, seien es Grenzsteine, Straßen, Bahnkörper oder Gebäude, kommt natürlich mit ins Gleiten und geht zugrunde: Grenzsteine verschieben sich, Bahndämme stürzen auseinander, Bahneinrichtungen fallen mit dem von den Hängen abstreichenden Brei, an Bergwänden kommt der Bahnkörper ins Rutschen, und Gebäude stürzen zusammen. Dieses Gleiten der Erdoberfläche, das fast ausschließlich in der heißen Jahreszeit, im Winter, austritt und erst infolge der weitgehenden Ausrodung des Waldes, zu der man sich in dem kochenden Italien verführen ließ, zu der heutigen Sandplage werden konnte, nennen die Italiener „Frana“. Hauptursache wegen dieser Beweglichkeit der Bergwände, allerdings auch aus Gründen der Gesundheit und Sicherheit, liegen so viele Ortschaften Italiens nicht in den Tälern, sondern oben auf den Berggipfeln, die aus festem Kalkstein bestehen. Und doch kommt es gelegentlich vor, daß die am Rande eines Bergplateaus stehenden Häuser in den Bereich des Abhanges geraten und mit abstürzen; so war es 1881 in Castelfrentano, so jetzt in San Fratello, wo zahlreiche Häuser und auch Kirchen der Frana zum Opfer fielen und ein großer Teil der Bevölkerung gerade in der ungünstigsten Jahreszeit obdachlos wurde.

Galerie Müller. Der Vortrag von Paul Westheim über „Neue Kunst in Frankreich“ ist auf Mittwoch, den 10., verlegt worden.

Schließung des Düsselbacher Schauspielhauses. Die ordentliche Generalversammlung der Schauspielgesellschaft m. b. H. in Düsseldorf hat beschlossen, das Haus vom 1. Juli ab zu schließen. Angebots von Unternehmern, die das Haus für Varietés- und Amusementleistungen pachten wollten, wurden abgelehnt. Das Haus soll vorläufig von Fall zu Fall aufwärtigen Gastspielunternehmungen überlassen werden.

Stellungsbewegung in der russischen Kirche. In Rußland ist innerhalb der orthodoxen Kirche eine Stellungsbewegung im Gange. Die aus der Kirche ausgeschiedenen Elemente haben eine „Allgemeine Christliche Bewegung“ unter der Führung der niederen Geistlichkeit gebildet und sich an die verschiedenen evangelischen Sekten mit einem Ruf zum Aufschluß gewandt.

Teil zu meinem Privatgebrauch verwendet. Deshalb sterbe ich arm, doch reinem Gewissens.“ Die Rundgebung bezeichnet es als unerträglich, daß die Entscheidung über diese Fragen, die vorwiegend eine kulturelle und allgemeine ethische Bedeutung haben und nicht nur privatrechtlichen Normen unterworfen werden dürfen, durch vorherige Vereinbarung zwischen Staat und Königshaus ohne Schiedsgericht geregelt wird.

Im einzelnen wird verlangt, daß Bauten und Gartenanlagen, wie Sanssouci, das Marmorpalais, Charlottenhof, Teile des Potsdamer Stadtschlösses, das Schloß Charlottenburg und das Neue Palais als Ganzes erhalten, andere als Museum eingerichtet werden sollen. Die beweglichen Kunstgegenstände in den Schlössern sind, wenn sie zum künstlerischen Gesamtbild gehören, an ihren Stellen zu belassen, andernfalls den

An die arbeitende Jugend aller Länder!

Namenloses Elend haben die vereinigten Nationalisten, Militaristen und Imperialisten aller Länder durch den Weltkrieg der arbeitenden Menschheit bereitet. Vermehrt und grenzenlos gesteigert werden die Leiden der arbeitenden Klasse durch eine schamlose Ausbeutung dieser Notlage durch die kapitalistischen Machthaber.

Unter diesen Umständen leidet die arbeitende Jugend am schwersten. Ihre schwachen Kräfte sind schuldig der Ausbeutung preisgegeben. Zum Protest gegen diese Ausbeutung rufen wir die gesamte arbeitende Jugend aller Länder auf, den

Internationalen Jugendtag am 24. und 25. Juni

zu machtvollen Kundgebungen auszugestalten.

Gerade zur Zeit der Sommerferien, die die Nationalisten in manchen Ländern zum Anlaß nehmen, für ihre verdägnisvollen, völkerverhetzenden Ziele zu demonstrieren, muß des weiteren der Ruf des völkerveröhnenden Sozialismus weithin erschallen.

Damit wird die Kundgebung auch zu einem stammenden Protest gegen den völkerverhetzenden Militarismus.

In der Erkenntnis, daß unter der kapitalistischen Wirtschaft, die auf der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beruht, ihre Forderungen nicht erfüllt werden können, bekennst sich die proletarische Jugend an diesem Tage erneut zum internationalen Klassenkampf gegen die Ausbeutung und erhebt ihre Forderungen:

Mehr Recht!

Ausreichenden Schutz für die arbeitende Jugend!

Völkerrfrieden!

Jugendgenossen und Genossinnen! Zeigt durch Massenbeteiligung Euren entschlossenen Willen, mit uns für diese Forderungen zu kämpfen.

Hoch die internationale Solidarität der arbeitenden Jugend!

Arbeiter-Jugend-Internationale.

Internationale Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Jugendorganisationen.

staatlichen Sammlungen einzuerleiden. Dasselbe gilt von den Sammlungen geschichtlicher und literarischer Natur. Die Hausbibliotheken sind als geschlossenes Ganzes zusammenzufassen, das Hausarchiv ist nach Aussonderung der rein familiengeschichtlichen Bestände der Generaldirektion der Staatsarchive zu unterstellen. Die ehemals königlichen Theater müssen ungeschmäkelt dem Staate verbleiben.

Unserer Meinung nach wäre es freilich wesentlich einfacher und richtiger, wenn von vornherein an dem Grundloß festgehalten würde: Fürstentum ist kein Privatbesitz, und sobald die Fürstentümer ein Ende hat, fällt auch der Besitz an den Staat und an das Volk zurück, denen einzig und allein er seine Entstehung verdankt.

Ein Anfang.

Die Dresdener Strafkammer aufgelöst.

Vor einiger Zeit berichteten wir über ein besonders hahnbüchsen Urteil der dritten Strafkammer des Landgerichts Breslau: Diese sprach den Redakteur des sozialdemokratischen „Schlesischen Tagespost“ frei, der dem Minister Severing Leichtfertigkeit und Gemissenslosigkeit vorgeworfen hatte. Die Strafkammer begründete den Freispruch damit, daß der Angeklagte „nur ein in politischen Kreisen bereits feststehendes Urteil über Severing“ wiederholt und die Wahrheit gesagt habe. Die Kammer, die dieses Musterbeispiel eines politischen Lendenzurteils gefällt hat, ist, nach Meldung unseres Breslauer Bruderblattes, der „Volksmacht“, durch Verfügung des Landgerichtspräsidenten Witte aufgelöst worden. Der bisherige Vorsitzende der Strafkammer wurde zu einer Zivilkammer versetzt.

Damit ist endlich ein Anfang gegen die Richter gemacht, die in ihren Urteilen ihrer politischen Leidenschaft die Zügel schießen lassen. Aber freilich nur ein Anfang. Im Hauptauschuss des Preussischen Landtags sind von den Rednern der Linken solche Fälle zu Duzenden vorgetragen worden. Es sei nur erinnert an die Urteile der Strafkammern in Dels, Gleiwitz, Beuthen, Bochum usw. Hier läte ähnliches not.

In einem Bericht des „Amtlichen Preussischen Pressedienstes“ über die Ergebnisse der großen Justizprüfung, einem Berichte also, der offenbar vom Preussischen Justizministerium herrührt, sind folgende Sätze beachtenswert:

In vielen Fällen findet sich der Referendar mit dem ihm vorgelegten Rechtsfall in mißverständlicher Anwendung der ihm gelehrteten Methode in der Weise ab, daß er die Paraphrasierungen schematisch nacheinander in das Strohbett der verschiedenen rechtsgerichtlichen Typen bringt und schließlich einer dieser Typen einordnet, ohne daß er überhaupt den Versuch macht, den wirtschaftlichen Wurzeln, denen der Rechtsfall entspringen ist, oder den wirtschaftlichen Bedürfnissen, denen das Urteil zu dienen bestimmt ist, nachzugehen; es kommen Entwürfe zu Urteilen vor, die vermutlich zur Ueberforschung der Parteien deren wirtschaftlichen Streit beiseite schieben und dafür wissenschaftliche Kontroversen entscheiden.

In diesen Feststellungen des amtlichen Organs liegt ein vernichtendes Urteil über die heutige formal-scholastische Ausbildung der Juristen. Bedauerlich nur, daß gerade das Preussische Justizministerium wirklich großzügigen Reformplänen des juristischen Studiums noch immer unverständlichen Widerstand entgegensetzt.

Magdeburg, 5. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Bei einer Demonstration, die aus Anlaß der Ermordung Erzbergers auf Veranstaltung der sozialdemokratischen Parteileitung in Hundsbürg, Kreis Neuhaldensleben, am 3. August 1921 stattfand, kam es vor dem Gute des Großagrariers v. Ratfusius, eines Erzeitektionärs, zu Aufritten, die vom Gericht als Landfriedensbruch angesehen wurden, obwohl es der Staatsanwalt abgelehnt hatte, Anklage gegen die Demonstranten zu erheben. Die Arbeiterschaft war durch andauernde Provokationen der Deutsch-Monarchisten stark gereizt worden, so daß sie von den Agrariern die Herausgabe der schwarzweißroten Fahne

verlangten. 15 Angeklagte wurden vom Landgericht Magdeburg wegen Landfriedensbruch zu 2 Monaten bis zu einem Jahre Gefängnis verurteilt. Das harte, unverständliche Urteil gegen unbescholtene, gedachte Parteigenossen hat in der Bevölkerung der Provinz Sachsen starke Erregung ausgelöst.

Zum Potsdamer „Artillerie-Großtag“.

Heute, Sonnabend, nachmittags 4 Uhr, findet auf dem Postplatz in Potsdam eine Demonstrationssammlung des Gewerkschaftsartikels und der KKW-Ortsgruppe statt, die gegen den monarchistischen Kummel, zu dem Potsdam immer wieder benutzt wird, energisch protestieren wird. Nach den Abmachungen der örtlichen Leitungen der Arbeiterparteien schließt sich an die Versammlung kein Umzug an. Wir ermahnen unsere Anhänger, sich ebenfalls streng an diese Abmachungen zu halten, damit wieder bewiesen wird, daß politisch geschulte Arbeiter Disziplin zu halten verstehen.

Die Leipziger Flaggenaffäre.

Zu den Vorpängen an der Univerität Leipzig am 1. Mai teilte das kaiserliche Kultusministerium mit: Der Rektor habe es dem Ministerium gegenüber bedauert, daß er es nicht bei der vornehmlich ausgelegenen Reichsflagge haben lassen, er habe verstanden, nicht im entferntesten die Absicht gehabt zu haben, irgendwie politisch demonstrieren zu wollen. Nach seiner Ansicht hat auch den Studenten, die auf Ersuchen beim Hissen der Flagge behilflich waren, jede böse Absicht gefehlt. Das Kultusministerium wird dafür sorgen, daß sich derartige Vorkommnisse auf keinen Fall mehr wiederholen. Im übrigen ist die Untersuchung noch nicht abgeschlossen.

Niedrigere Verzinsung der Zwangsanleihe.

Das Reichskabinett beschäftigte sich am Freitag mit dem vorliegenden Referentenentwurf des Gesetzes über die Zwangsanleihe. Der Entwurf soll demnächst dem Reichsrat zugehen. Als Stichtag ist der 31. Dezember d. J. vorgesehen, aber die Einschätzung dürfte schon während des Sommers erfolgen. Bei der Festlegung der Höhe des steuerfreien Vermögens wurde in dem Entwurf ein Unterschied gemacht zwischen den Kapitalrentnern und den Besitzern von Sachwerten. Die ersteren dürften in bezug auf das steuerfreie Vermögen einige Erleichterungen erfahren. Die nach den steuerfreien Jahren im Referentenentwurf vorgesehenen Zinssätze wurden auf Befehl des Reichskabinetts herabgesetzt.

Massenentlassungen im Saargebiet.

Im Saarbergbau ist eine schwere Krise ausgebrochen. Entgegen den noch vor kurzem gegebenen französischen Versprechungen, daß die Belegschaften auf den Saargruben so vermehrt würden, daß die Förderung auf das Doppelte der Vorkriegszeit gebracht werden könne, sollen nunmehr, angeblich wegen Abgabemangels, mehrere tausend Bergleute entlassen werden. Bei den Verhandlungen mit den Gewerkschaftsführern wurde von der Bergbauverwaltung der Vorschlag gemacht, die außerhalb des Saargebiets wohnenden Bergleute abzuschicken. Die Bergarbeiterführer protestierten gegen diese Maßnahme und machten eine Reihe von Vorschlägen, um die Entlassungen zu vermeiden. Die Verhandlungen werden noch fortgesetzt. Außerdem hat die Regierungskommission am 21. April d. J. beschlossen, 1102 Eisenbahnarbeiter zu entlassen und 78 Beamtenstellen aufzugeben. Mit den Arbeiterentlassungen bei der Eisenbahn soll sofort begonnen werden. Sie sollen noch vor dem 1. Oktober d. J. zu Ende geführt sein. Die Zurücküberweisung überjähriger Beamter an die deutsche Verwaltung soll bis 1. Juli 1922 erfolgen.

Lloyd George gegen die Annexion Wilnas.

Konno, 5. Mai. (R.B.) „Echo“ meldet: Die polnische Forderung nach internationaler Anerkennung des Rigaer Vertrages der polnischen Einverleibungen Wilnas und Ostgaliziens wurde in der Sitzung der russischen Unterkommission am 1. Mai behandelt. Während der Verhandlungen äußerte sich Lloyd George zweimal kategorisch dahin, daß er die Grenze Polens mit Rußland und Litauen als nicht festgelegt ansehe und daß diese Frage in bezug auf Litauen nach seiner Meinung offen bleibe, bis der Völkervand rechtlich entschieden habe.

Die polnische Eisenbahnverwaltung gibt im Danziger Hauptbahnhof Empfangsbescheinigungen für Handgepäck in ausschließlich polnischer Sprache aus. Nach polnischen Zeitungen existiert eine polnische Polizeiüberwachung im Danziger Freistaat. Anfragen im Senat betreffen beide Dinge.

Die fehlenden Zahlungsbelege. Von unterrichteter Seite wird den BWA geschrieben: In den bisherigen Sitzungen des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses, die sich mit der Weisung des Ministers Hermes beschäftigten, wurde wiederholt der Antrag gestellt, die bei den Akten nicht befindlichen Zahlungsbelege über die vier Weisungen des Ministers Hermes vorzulegen, da nur für die erste Sendung aus dem April 1920 ein solcher vorlag. Trotz der Zusage des Ministers, die in seinem Privatbesitz und im Besitz des Ministeriums befindlichen Aktenstücke einzureichen, und trotz der Beschloßnahme aller einschlägigen Akten bei dem Wingerverband für Rußl., Saar und Pomer., gelang es bis heute noch nicht, weitere Belege über erfolgte Zahlungen seitens des Ministers Hermes aufzufinden. Herr Hermes hat dazu seinerseits behauptet — so zu lesen im Schreiben des Ernährungsministeriums vom 27. April 1922 —, daß diese Zahlungsbelege sich bei den Akten der Staatsanwaltschaft in dem Prozeß gegen die „Freiheit“ befinden würden. Diese Akten sind inzwischen dem Untersuchungsausschuss vorgelegt worden und es wurde festgestellt, daß sich in ihnen außer dem oben erwähnten Zahlungsbeleg über 600 M. für die erste Sendung kein einziger Zahlungsbeleg des Ministers Hermes an den Wingerverband für Rußl., Saar und Pomer. befindet. Man wird danach wohl verstehen können, daß Herr Hermes es vor dem Untersuchungsausschuss sorgsam unterlassen hat, sich zu dieser Frage zu äußern.

Die Düsseldorf-Konferenz der Reumerkommission der drei Internationalen ist von Friedrich Adler abgesagt worden. Adler begründet diesen Schritt in einem ausführlichen Schreiben, indem er die Unmöglichkeit der Zusammenkunft auf organisatorische Schwierigkeiten der 2. Internationale zurückführt und darauf hinweist, daß die verstärkte Verfolgung der Menschewits und linken Sozialrevolutionäre in Rußland und die Veruche zur Sprengung der skandinavischen Arbeiterbewegung nicht geeignet seien, die psychologischen Vorbedingungen für einen internationalen Arbeiterkongress zu verbessern. Gerade darum aber hält Adler einen raschen Zusammenritt der Reumerkommission für notwendig. — Die ganze Angelegenheit soll bekanntlich auf deutschen Antrag in einer Sitzung des Exekutivkomitees der 2. Internationale besprochen werden.

Der Internationale 2 1/2 beigetreten ist die Socialist Party Nordamerikas.

Die deutsche Denkschrift über Arbeitslosigkeit. Die von der deutschen Delegation in Genoa überreichte, vom Reichsarbeitsministerium verfaßte Denkschrift über „Die Arbeitslosigkeit der Welt, ihre Wirkungen und ihre Bekämpfung“ wird in der in den nächsten Tagen erscheinenden Nummer des Reichsarbeitsblatts zum Abdruck gebracht. Sonderabdrücke können durch das Bureau des Reichsanwalts für Arbeitsvermittlung, Berlin NW. 6, Luisenstr. 33-34, bezogen werden.

Gewerkschaftsbewegung

Generalversammlung der Holzarbeiter.

Am 27. April fand die Jahres-Generalversammlung der Holzarbeiter statt. Der 1. Bevollmächtigte Freigang gab den Bericht über das verlossene Geschäftsjahr 1921. Er schilderte die Lage der Berliner Holzarbeiter zu Anfang 1921, die die denkbar schlechteste war. Die vollständige Produktionsstörung auf allen Gebieten wurde von den Arbeitgebern weidlich ausgenutzt, um die Löhne auf das denkbar niedrigste Niveau herabzudrücken. Eine geringe Verbesserung der Geschäftslage machte sich erst zu Mitte des Jahres bemerkbar. Gleichzeitig damit lebten auch die

Lohnkämpfe in allen Branchen

ein, die ihren Höhepunkt in dem großen Kampf der Tischlereibetriebe erreichten. Wenn auch mit altgewohnter Entschlossenheit die Branchenkämpfe geführt wurden, so zeigte jedoch dieser jahreswöchentliche Kampf mit 10000 Mitgliedern, daß die Hungerpeinliche der Holzindustriellen die Kampfkraft der Berliner Kollegen nicht zu brechen vermog. Alle Träume der Arbeitgeber von einer Niederrückung des Holzarbeiterverbandes zertrüben in nichts und alle Forderungen der Holzarbeiter wurden anerkannt. Ein Teil der Mitglieder glaubte, der politischen und ökonomischen Entwicklung besonders dienen zu können, wenn er der von Moskau ausgehenden Parole „Verschlagung der Gewerkschaftsinternationale in Amsterdam“ das Wort rede und sich darin praktisch betätige. Der unglückselige Bruderzwist, der die politischen Parteien zur Ohnmacht verdammt, sollte auch an uns nicht vorübergehen. Heiß und leidenschaftlich wurde gelämpft und gestritten. „Die Amsterdam — die Moskau“ war der Schlachtruf. Eine Funktionärerversammlung beschloß, an die Gesamtmittelgliedschaft zu appellieren, und so wurde durch Abstimmung mit erdrückender Mehrheit der Streit

im Sinne Amsterdams

entschieden.

In der dem Bericht folgenden Diskussion erklärten sämtliche Redner, daß an der Tätigkeit der engeren Verwaltung nichts auszusetzen ist. Die bisherige Verwaltung wurde en bloc wiedergewählt. Ein Antrag, die engere Verwaltung durch Verhältnismäßigkeitswahl zu bestimmen, verfiel der Ablehnung. Nach Aufgabe einer Erklärung, sich nur im Sinne der freigewerkschaftlichen Richtung zu betätigen, jeder Arbeiterzerstückelung energisch entgegenzutreten, gegen die Arbeitsgemeinschaften zu kämpfen und für die Industriearbeiterorganisationen einzutreten, wurden alle Angestellten wiedergewählt.

Zum Gewerkschaftskongress wurde der 1. Bevollmächtigte Kollege Freigang gewählt. Ein Antrag, Erhöhung der Beiträge auf 24 M., 20 M., 14 M., 9 M., 5 M. und 0,50 M., je nach dem Stundenlohn, wurde angenommen. Ebenfalls die Anträge auf Reorganisation, Anstellung eines Kollegen zur Vertretung bei Klagen vor den Arbeitergerichten, sowie der Antrag zum Gewerkschaftskongress, Schaffung von Industriearbeiterorganisationen. Abgelehnt wurde der Antrag, Mittel für die Fortführung der gewerkschaftlichen Warenverteilungsstelle zur Verfügung zu stellen, trotzdem darauf hingewiesen wurde, daß den Holzarbeitern bei Verweigerung eines Darlehens zu diesem Zweck auch kein Recht zusteht, von den Vergünstigungen der Warenverteilungsstelle Gebrauch zu machen. (Diese Stellungnahme ist wohl mit auf den leidigen Umstand zurückzuführen, daß das Warenlager seitens vollständig ist und viele Käufer wiederholt verneinlich kommen, wodurch unnützer Zeitverlust entsteht und unnütze Fahrgeldausgaben.)

Mai-Löhne in der Berliner Metallindustrie.

In der Versammlung der Funktionäre aus den dem Verbande Berliner Metallindustrieller angeschlossenen Betrieben am Donnerstag im Kriegervereinshaus berichtete Ulrich über das Ergebnis der letzten Lohnverhandlungen, das folgende Tarifstundenslöhne vom 1. Mai bis 4. Juni vorschlägt:

A. Für Arbeiter:

1. Reber 21 Jahre:

Klasse	Stundenlohn	Affordbass
1	17,45 bis 18,95 M.	18,50 M.
2	17,15	18,85
3	16,85	17,75
4	16,65	17,25
5	16,45	16,90

2. Von 18 bis 21 Jahre:

1	16,15 bis 17,65 M.	18,50 M.
2	15,85	17,05
3	15,55	16,45
4	15,35	15,95
5	15,15	15,60

3. Für Jugendliche unter 18 Jahre:

Im Alter von 14 bis 15 Jahre	8,00 M.
15	9,10
16	10,00
17	11,00

Einstellungslohn 10 Pfennig weniger.

B. Für Arbeiterinnen:

1. Für solche mit abgeschlossener Lehrzeit, bei gleichen Leistungen wie die Arbeiter die gleichen Stundenlöhne und Affordbass, sonst 75 Proz. derselben.

2. Für solche, die nicht unter Ziffer 1, 3 und 4 fallen, bei gleicher Leistung wie die Arbeiter 70 Proz. der Arbeiterlöhne.

3. Solche an Maschinen und Handarbeiterinnen, deren Leistungen nicht mit denen der Arbeiter vergleichbar sind:

Reber 21 Jahre: 11,50 bis 11,95 M., Affordbass 11,75 M. von 18 bis 21 Jahre: 11,20 bis 11,65 M., Affordbass 11,75 M.

In der Glühlampenindustrie, in der Altersklasse über 21 Jahre 11,50 bis 11,95 M., Affordbass in Gruppe I 11,95 M., in Gruppe II 11,75 M., von 18 bis 21 Jahren: 11,20 bis 11,65 M., Affordbass wie bei über 21 Jahre; für jugendliche Arbeiterinnen unter 18 Jahren betragen die Stundenlöhne 8,30, 8,70, 9,30 und 9,80 in den vier Altersstufen, der Einstellungslohn ist 10 Pf. weniger.

Verarbeitete Arbeiter erhalten außerdem eine Ehefrauenzulage von 1 M. und eine Kinderzulage für jedes Kind bis zum 14. Lebensjahr von 1,50 M., beides für jede tatsächlich geleistete Arbeitsstunde. Der Rahmenvertrag sieht ferner eine Ausgleichszulage vor, die in der Klasse I bis zu 2 M., in der Klasse II bis zu 1,50 M. je Stunde beträgt. Die Affordbass sind besonders geregelt.

In eingehender Aussprache machten sich Stimmen gegen die vorgezeichneten Vereinbarungen geltend, da die Spanne zwischen den Löhnen der Gelehrten und der ungelerten Arbeiter zu weit gehe. Demgegenüber wurde nachgewiesen, daß die Spanne von 17- auf 11 Proz. vermindert sei.

Kamens des Metallartells empfahl Ulrich, die Vereinbarungen anzunehmen, was denn auch mit überzogener Mehrheit beschloffen wurde.

Generalversammlung der Maler.

Die Generalversammlung der Maler Berlin am Sonntag im „Gewerkschaftshaus“ beschäftigte sich mit dem Jahresbericht und mit den Wahlen zum Vorstand. Der Vorsitzende Böyer erläuterte den gedruckt vorliegenden Jahresbericht. Er hob u. a. hervor, daß die in dem letzten Jahre notwendigen Lohnkämpfe außerordentlich erschwert wurden durch die schon seit Kriegsende anhaltende Arbeitslosigkeit. Trotzdem war es möglich, im vergangenen Jahr eine fünfmalige Lohnsteigerung zu erzielen, wodurch sich der Lohn nach dem Reichstanzvertrag von 5,90 auf 10,75 M. bis zum Ende 1921 steigerte. Augenblicklich wird ein Lohn von 20 M. gezahlt. Es war somit möglich, ohne Streik die Löhne denen im Baugewerbe anzupassen. Auch in den übrigen Branchen war es fast immer möglich, durch Verhandlungen entsprechende Lohnerhöhungen zu erzielen. Nur in einigen Fällen mußte zum Streik gegriffen werden. Es wurden 38 Streikbewegungen geführt in 108 Betrieben mit 506 Beteiligten, die eine Unterstützung von 225 402,60 M. erforderten. Eine Fülle von Kleinarbeit war zu erledigen; sie dürfe aber nicht dazu führen, die großen Gesichtspunkte aus dem Auge zu verlieren.

Die Durchführung des Betriebsrätegesetzes sowie die Ueberwachung der Verordnung vom 12. Februar 1920 und anderer Befehle zum Schutze der Arbeiter war, wie auch in den Vorjahren, immer noch mit Schwierigkeiten verknüpft, so daß in circa 140 Fällen der Schlichtungsausschuss in Anspruch genommen werden mußte. Lohn- und Arbeitsstreitigkeiten, die durch persönliche Verhandlungen nicht beigelegt werden konnten, wurden in 65 Fällen vor ordentlichen Gerichten ausgetragen, wovon einige Fälle noch beim Landgericht schweben. Die Arbeiterkassensicherungen, insbesondere die Bundesratsverordnung zum Schutze gegen Bleivergiftung, werden von den Arbeitgebern immer wieder übertreten, so daß öfter die Gewerbeinspektionen angerufen werden mußten. Der Lehrlingsfrage wurde größere Beachtung gewidmet und ist auch hierin ein erfreulicher Aufstieg zu verzeichnen.

Die Mitgliederzahl stieg von 4708 im Vorjahre auf 5192. Die Fluktuation hat etwas nachgelassen, wodurch die Kostenverhältnisse nicht unwesentlich verbessert wurden. Leider hat die auf die praktische Arbeit eingestellte Tätigkeit des Vorstandes nicht immer die genügende Unterstützung der Gesamtmittelgliedschaft gefunden, was sich darin äußerte, daß der größte Teil der vielen Versammlungen im letzten Jahre die ihnen übertragenen Aufgaben nicht bewältigen konnten, weil die Kommunisten in diesen Versammlungen ihr Parteipöppchen hoch wühlten.

In der darauffolgenden Diskussion über den Jahresbericht kam dies auch wieder sehr scharf zum Ausdruck. Die Kommunisten, die alles aufgebieten hatten, in dieser Versammlung die Geschäftsleitung der Filiale an sich zu reißen, betonten ausdrücklich, daß sie an der sachlichen Tätigkeit des Vorstandes nichts auszusetzen hätten. Die sachlichen Tätigkeiten des Vorstandes nichts auszusetzen hätten. Die einschichtigen Mitglieder gaben ihnen die richtige Antwort, indem sie mit großer Majorität den bisherigen Vorsitzenden Böyer und sämtliche übrigen Vorstandsmitglieder wiedergewählten. Das durch den Ausschluß des Kommunisten Seltsam ererbte Mandat für den Verbandsbeirat wurde dem Kollegen Haberland übertragen. Durch die Sabotage der Kommunisten nahmen die Wahlen mehrere Stunden in Anspruch, so daß einige sehr wichtige Punkte verjagt werden mußten.

Mai-Löhne für Kellerarbeiter.

Die Kellerarbeiter, Arbeiterinnen, Kautzer, Kraftwagenfahrer und Jugendlichen waren am Donnerstag in den Zentralbetrieben verammelt. Neben dem vom Transportarbeiterverband berichtete. Für April war ein Ausgleich von 1000 M. und ein Zuschlag von 50 Proz. auf die April-Löhne gefordert. Die erste Verhandlung mit dem Arbeitgeberbund der Getränkeindustriellen verlief ergebnislos. In der zweiten Verhandlung am 4. Mai wurden nach längerem gegenseitigen Auseinandersetzen zugestanden: 200 M. pro Woche für Arbeiter und 150 M. für Arbeiterinnen, während für die Jugendlichen ebenfalls Zulagen gemacht wurden.

In der Diskussion beurteilten fast alle Redner die Ablehnung des Voranschlags. Die meisten Redner waren für Ablehnung der Vorschläge der Arbeitgeber. Die Lohnkommission dagegen vertrat den Standpunkt, da weitere Lohnerhöhungen nicht zu erreichen waren, seien die Vorschläge anzunehmen. In der Abstimmung wurden die neuen Lohnsätze für den Monat Mai mit geringer Majorität anerkannt. Gedruckte Exemplare sind im Verbandsbureau, Engelauer 24/25, Zimmer 38, v. II, zu haben.

Die SPD-Metallarbeiter nahmen gestern in den Sophien-Platz Stellung zu der Situation, die sich für die Wahl zum Gewerkschaftskongress ergeben hat. Genosse Thiele berichtete über die Verhandlungen mit der U.S.P.-Fraktion. Unsere Fraktion war der Auffassung, daß bei diesen Verhandlungen nur die Anhänger der Amsterdamer Internationale in Frage kämen. Als unsere Vertreter aber zu den Beratungen kamen, fanden sie auch die Vertreter der Moskauer Richtung vor. Dem Vorschlag der U.S.P., von jeder der drei Parteien 10 Kandidaten auf die Liste zu setzen, konnten unsere Vertreter ihre Zustimmung nicht geben. Der Beschluß der Funktionäre der SPD-Metallarbeiter sollte entscheiden. Die Konferenz der Funktionäre lehnte die Drei-Parteienliste einstimmig ab. Denn die Vertreter der Moskauer Richtung nicht zum Leipziger Kongress, um dort ehrlich und aufrichtig mitzuarbeiten, sondern lediglich zu dem Zweck, um die Moskauer Pläne zu forcieren, Radau zu machen und die Arbeiten des Kongresses zu sabotieren.

Auf unseren Beschluß hin hat die Delegiertenversammlung der Berliner Verwaltungsstelle bekanntlich den Pakt zwischen U.S.P. und SPD. besiegelt und es uns unmöglich gemacht, eine eigene Liste aufzustellen. Jetzt haben wir das Schauspiel, daß Amsterdamer und Moskauer zusammen gegen Amsterdamer stehen.

In der Diskussion wurde das Verhalten der U.S.P.-Fraktion scharf gegeißelt folgende Entschließung fand einstimmige Annahme: „Die Versammlung ist der Auffassung, daß sie nach dem Verhalten der unabhängigen Verwaltung der Berliner Ortsverwaltung ihren Mitgliedern nur empfehlen kann, sich bei der Wahl zum Gewerkschaftskongress der Stimme zu enthalten.“

Die Wähler, Kandidaten und verwandten Besuche Berlins wählen am Sonntag ihre Delegierten zum Gewerkschaftskongress. Die Bedeutung der Wahlen nochmals hier zu betonen, erübrigt sich für unsere Genossen. Lösung ist aber: Auf zur Wahl! Wer ist zu wählen? Männer, welche auf dem Boden der Amsterdamer Internationale stehen. Wer ist dies nicht? Die Kommunisten, die „Zellenbauer“ sind und die Gewerkschaften zersplittern wollen. Die Kommunisten vertreten nicht die Sache der Gewerkschaften, sondern folgen den Parolen des russischen Regierungsborgans in Berlin, der „Roten Fahne“. Darum wählt eine Kommunisten! Streicht auf den Stimmzettel als erste: Lepso-Hudolstadt, Mettin-Passe, Riegel-Berlin, da diese nur Diener von Moskau sind.

Die Sperrreinigungsarbeiter haben eine Lohnerhöhung vom wöchentlich 100 M. für Frauen 75 M. erzielt. Die Löhne betragen ab 1. Mai für Gelehrte 920 M. wöchentlich, für Ungelehrte 910 und für Frauen 675 M. Das Abkommen, das der Verband der Brauerei- und Mälzerarbeiter getroffen hat, gilt bis 15. Mai.

Der Streik der Straßenbahner in Breslau wurde nach dreiwöchiger Dauer gestern nachmittags gegen zwei Stimmen als beendet erklärt. Die Arbeit wird heute wieder aufgenommen.

„Die höchstbezahlte Arbeiterkategorie in Deutschland“, die Arbeiter der Leipziger Rauchwerkfärbereien und Zurihtereien, etwa 3000 an Zahl, wovon 1200 Arbeiter der Rauchwarenzurichter in Markranstädt, steht wie „B. I.“ und „Konfektionär“ berichtigt, seit zwei Tagen im Streik. Der höchst wochenverdienst der Affordarbeiter habe in voriger Woche 2800 M. betragen. Es wird allerdings zugegeben, daß dieser Wochenlohn nicht von allen Arbeitern erreicht wird, doch siehe auch der Durchschnitt erheblich über den Löhnen der übrigen Arbeiter. Doch diese Arbeiter arbeitseng und heftigen Schädigungen ausgefetzt sind und nur in Affordarbeit bei außerordentlich günstiger Konjunktur, der eine Periode der Pläne folgt, ganz ausnahmsweise zu solchen Löhnen kommen, wird nicht gesagt.

Die Bauarbeiter im rheinisch-westfälischen Industriegebiet haben den vom Reichsarbeitsministerium gefällten Schiedsspruch angenommen. Erklären sich auch die Unternehmer damit einverstanden, dann dürfte damit die Aussperrung, von der etwa ein Drittel aller Bauarbeiter im Industriegebiet betroffen war, beendet sein. Dazu wäre es höchste Zeit, wenn die Unternehmer verhalten wollen, daß noch mehr Bauarbeiter zur Industrie abwandern.

Eine Abstimmung im englischen Bergarbeiterverband über die Vorschläge der Unternehmer ist im Gange. Das erste Ergebnis liegt aus dem Bezirk Clydes vor, wo diese Vorschläge mit Zweidrittelmehrheit abgelehnt wurden. Zwei Bezirke sprachen sich mit geringer Mehrheit dafür aus. Im Bezirk Liverpool wurde ebenfalls dagegen gestimmt, im Verhältnis 20 zu 1.

Gewerkschaftszentrale in Indien. Die indischen Gewerkschaften haben eine gemeinsame Organisation (Central Labour Board) geschaffen, die den Zweck verfolgt, die Tätigkeit der Gewerkschaften unter Beibehaltung ihrer Autonomie von einer zentralen Stelle aus zu beeinflussen. Das Programm dieses Zentralrates umfaßt außerdem Förderung des Bildungswesens und strebt verschiedene soziale Reformen an, die sich im Rahmen der heutigen Ordnung bewegen.

Verband der Buchbinder und Kopiermaschinen. Montag 4 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus (Großer Saal), Angelufer 25, Versammlung aller in Buchbinder- und Kopiermaschinenbetriebe beschäftigten Mitglieder. Bericht von den Tarifverhandlungen. — Die Verhandlungen.

Aus der Betriebsräte-Praxis.

Der Sekretär der Betriebsrätezentrale des DGB. und des U.F.A.-Bundes, Genosse Clemens Körpel, hat sich der dankenswerten Aufgabe unterzogen, die mit der Annahme und der Durchführung des Betriebsrätegesetzes bisher gemachten praktischen Erfahrungen zu veröffentlichen und sie so den Belegschaften zugänglich zu machen und den Betriebsvereinigungen für die tägliche Kleinarbeit Material in die Hand zu geben. Die im Verlage der Buchhandlung Vorwärts, Berlin S.W. 68, erscheinende Arbeit zerfällt in drei Teile. Der erste Teil ist als Leitfaden durch das Betriebsrätegesetz kürzlich erschienen und zum Preise von 15 M. zu beziehen. In seinen vier Abschnitten werden auf 102 Seiten Wahlverfahren und Aufbau der Betriebsvereinigungen behandelt, Geschäftsführung, gewerkschaftliche und soziale Aufgaben und schließlich die wirtschaftlichen Aufgaben.

Der demnächst erscheinende, ebenfalls für sich abgeschlossene zweite Teil des Werkes wird in geordneter Darstellung eine Sammlung von Urteilen, Bescheiden, Entscheidungen und Schiedssprüchen enthalten, wie sie die Rechtsprechung und Auslegung des Betriebsrätegesetzes zeitigte. Mit Hilfe dieses Materials ist es möglich, sich bei allen Streitigkeiten auf den Inhalt und Sinn bereits entschiedener Streitfragen zu stützen und zur Vereinheitlichung der Rechtsprechung beitragen zu können.

Die Schrift soll weder einen Kommentar zum Betriebsrätegesetz oder die Ausführungsbestimmungen hierzu ersetzen, sondern die bisher erschienenen Schriften ergänzen. Neben Platows Kommentar zum Betriebsrätegesetz wird daher jeder Betriebsrat des vorliegenden Buches bedürfen, das in Sinn und Wesen des Gesetzes einführt und auch dem erfahrenen Betriebsrat wertvolle Aufschlüsse gibt. Es zeigt die Systematik des Gesetzes sowie seine Gliederung und bringt in dieser Form alles, was jeder vorwärtsstrebende Arbeitnehmer über die ihm aus dem Gesetz zustehenden Rechte, Pflichten und Möglichkeiten wissen muß. Die genauere Kenntnis der Gesetzespraxis gibt den Belegschaften die Möglichkeit, alle Vorteile, die ihnen das Gesetz bietet, zu erfassen und verhindert jede Kraftvergeudung durch überflüssige Streitigkeiten. Deshalb wünschen wir der Arbeit von Körpel recht viele aufmerksame Leser.

Verantw. für den redakt. Teil: Franz Althe, Berlin-Eichenseelde; für Anzeigen: H. Glade, Berlin. Verlag Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 2. 678211 1 Blatt.

DUNLOP

Gummibereifung

Die Weltmarke bürgt für Qualität!

M. SCHULMEISTER
KOTTBUSER TOR
Herrenanzüge v. 1375-3500 M.
Herrenschlupfer v. 1450-3000 M.
Regenmäntel



Das
Dijonardin *woinwollen*
Drinbrownd *knüpfen*
Dijonardin in Lo. G. m. b. H. vom Jahre 1810. Gynge! 1810. Uarbingen a. Rhein

Sonntägliche Wanderziele.

Zum Sperenberger Gipsberg.

Vom Potsdamer Ringbahnhof fahren wir mit dem Vorortzug bis Jossen. Das Städtchen liegt links vom Bahnhof, am Rottekanal, der vom Mellensee im Süden nach Königswusterhausen geht. Ursprünglich gehörte die Herrschaft Jossen zur Niederlausitz, erst 1400 kam sie an Brandenburg. Von dem alten Schloss sind noch einige Ueberreste vorhanden; sie liegen am rechten Ufer des Rottekanals. Auf der Chaussee wandern wir durch Felder und Niederungen, zuletzt durch Kadelwald zum Dorf Mellien, am Nordende des Mellensees. Durch das Dorf hindurch geht es über den Rottekanal, der hier den See verläßt, und zur ehemaligen Militärseebahn. Diesseits der Bahn wenden wir uns links und haben bald die Chaussee erreicht, die uns in der Nähe des Mellensees und der Klausdorfer Biegeleien vorüber nach Klausdorf bringt. Von hier kommen wir rechts an den 65 Meter hohen (28 Meter über dem Spiegel des Mellensees) Spitzbergen vorbei und durch die Sperenberger Heide nach Sperenberg, das durch das Gipsvorkommen in der Nähe seit langer Zeit bedeutungsvoll ist. Wir befinden uns hier an einem der wenigen Punkte des norddeutschen Tieflands, wo ein erdgeologisch altes Gestein als fester Fels die lockere Decke der jüngeren Ablagerungen durchdringt. Um den Gips zu gewinnen, wird der Felsen angebohrt und gesprengt. Alsdann werden die Blöcke mit der Spitzhade zerkleinert und kommen in die Wasch- und Sortiertrommeln. Hier wird das Gipsgestein von den fremden Beimengungen, Erde, Behm usw. befreit und nach Größe sortiert. Darauf wird der nicht sogleich gebrauchte Gips durch eine Seilbahn auf die Halde befördert, von wo er später nach Bedarf abgefahren wird. Der übrige Gips kommt durch eine andere Seilbahn in die am Bahnhof Sperenberg gelegene Fabrik, um hier verarbeitet zu werden. In der Gipsfabrik wird der Gips zunächst zu Pulver zerkleinert und wandert dann in die Kocher, wo bei 180 Grad Wärme der größte Teil des Wassers entweicht. Aus dem Kocher kommt der Gips in den Kühlraum und dann in Feinmühlen, die ihn zu ganz feinem Pulver zermahlen. Alsdann wird er in Säcke verpackt und ist nun zum Versand fertig. Die Gipsbrüche liegen am Nordufer des Krümmen Sees. In den See mündet die 300 Meter lange Röhrenleitung, die das schmutzige Abfluswasser aus der Gipswäsche fortjagt. An der Mündungsstelle hat sich der feine Schlamm zu einem mächtigen Delta abgelagert, das sich weit in den See vorstreckt. Die aus einem Bohrloch im Gipsbruch entspringende Salzwasserquelle fließt ebenfalls in den Krümmen See, dessen Wasser dadurch stark salzhaltig geworden ist.

Durch das Dorf Sperenberg wandern wir zum Bahnhof. Verschiedene Häuser des Dorfs sind aus Gipssteinen erbaut. Der Gips wird in den Gegenden, wo er „anfließt“, häufig als Baustein verwendet; er ist aber gegen die Witterungseinflüsse nicht sehr beständig. Von Sperenberg fahren wir nach Jossen und von hier mit der Vorortbahn nach Berlin zurück. Zeitdauer (ohne Besichtigung) 4 Stunden.

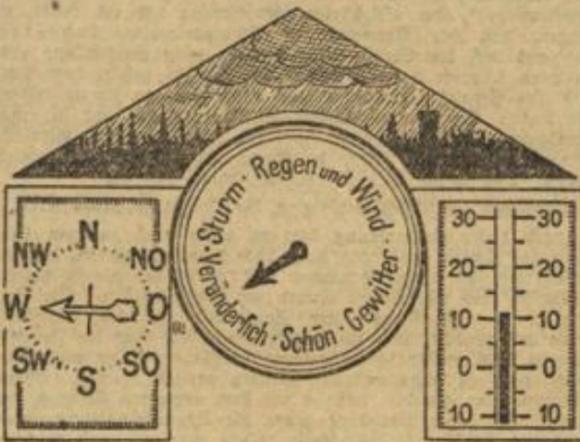
Durch die Spandauer Forst.

Wir beginnen unsere Wanderung in Spandau. Vom Hauptbahnhof kommen wir über den Streifenplatz zur Charlottenbrücke. Stromaufwärts sehen wir den Zusammenfluß von Spree und Havel. Durch die Charlotten- und Breitenstraße gelangen wir zum Markt mit dem alten Rathaus. Das neue Rathaus, von 1910 bis 1913 erbaut, liegt links, am Ende der Potsdamer Straße. Wir gehen rechts durch die Potsdamer Straße zur Nikolaifläche, die wohl das älteste Bauwerk Spandaus ist und aus dem 14. Jahrhundert stammt. Durch die Havelstraße und den Behnhilf wird die Schleuse erreicht. Jenseits liegt die Zitadelle mit dem Juliussturm. Die Reuendorfer und Schönwalder Straße bringt uns zum Fehrbelliner Tor. Weiter zum Stadtpark und zur Kleinbahn nach Böghow. Hier liegt das Johannes-Stift, ein Erziehungsheim, das sich bis 1910 in

Blüthensee befand. Wir folgen jetzt der Schönwalder Chaussee durch die schöne Spandauer Stadforst. Am Ende der Forst führt die Steinerne Brücke über den Niederneuendorfer Kanal, der sich durch das Havelloch hinzieht. Jenseits des Kanals kommen wir sogleich wieder in den Wald und haben in kurzer Zeit den Schwannenflug erreicht. Nachdem uns die Chaussee über eine schmale Niederung geführt hat, verlassen wir sie am Waldrand nach rechts und sind nach kurzer Wanderung in Schönwalde. Vor der Kirche wenden wir uns rechts auf der Straße nach Böghow zum Dorf hinaus. Durch Wiese und Wald führt der Weg, bis wir nach etwa 50 Minuten den Rand einer weiten Niederung erreichen, auf deren jenfeitigem Ufer Böghow liegt.

Hier verlassen wir die Chaussee nach rechts auf dem Jungferndamm, der uns über die Spandau-Böghower Kleinbahn zur Blockbrücke bringt, die über den Ruhrgraben führt. Rechts liegt Forsthaus Blockbrücke. Der Weg führt weiter durch die Forst Falkenhagen. Bald haben wir Hennigsdorf erreicht, von wo aus wir die Rückfahrt über Tegel nach Berlin antreten. Zeitdauer (ohne Aufenthalt in Spandau) etwa 5 Stunden.

Wie wird das Sonntagswetter?



Nach außerordentlich starken Regengüssen, mit denen am Anfang dieser Woche ein großes Tiefdruckgebiet das Deutsche Reich von Süden nach Norden durchzog, klärte sich das Wetter zwischen Dienstag und Mittwoch früh in vielen Gegenden auf, aber schon im Laufe des Mittwochs drang ein noch umfangreicheres Tief vom Atlantischen Ozean nach der schottischen Westküste, dann langsam weiter nordostwärts vor. Bei seiner Annäherung traten in ganz Deutschland etwas mildere Südwestwinde und westlich der Elbe in der Nacht zum Donnerstag neue Regenfälle ein, die sich am Tage weiter ostwärts fortplanten. Am Freitag morgen lag das atlantische Tiefdruckgebiet, in dessen Mitte das Barometer bis auf 740 mm gesunken war, zwischen den Shetlands und Färöern. An seiner Südseite bildete sich ein kleines Teiltief aus, das mittags durch Deutschland hindurchzieht. In seiner Begleitung fanden in Berlin und vielen anderen Orten Gewitter und heftige Regen — oder Hagelschauer statt. Jetzt scheint ein in Südwest und Mitteleuropa befindliches Hochdruckgebiet etwas weiter nach Norden vorzudringen. Vermutlich werden sich aber in England und auf der Nordsee weiters Teiltiefe entwickeln und rasch hinter einander nordostwärts oder ostnordostwärts weiterziehen. **Beliebiglich frischen zwischen Südwest und Nordwest schwankenden Winden haben wir daher für Sonntagsabend und Sonntag noch mehrmaligen Wechsel zwischen Regenschauern und Sonnenschein zu erwarten, wobei die Temperatur zunächst etwas sinken, später wieder langsam steigen dürfte.**

Berliner Haushaltplan für 1920.

Das erste Rechnungsjahr der neuen Stadtgemeinde. Das Ergebnis des ersten Rechnungsjahres des einheitlichen Berlin ist nach gründlicher Durcharbeitung nunmehr festgestellt worden. Es weist, wie aus der vom Magistrat zugegangenen Mitteilung ersichtlich ist, erhebliche Fehlbeiträge auf.

Der Gesamthaushaltplan für 1920 konnte erst am Schlusse dieses Rechnungsjahres auf Grund der Voranschläge, die die Einzelgemeinden nach ihren bisherigen Grundjahren aufgestellt hatten, und nach denen die bisherigen Gemeindeverhältnisse die Verwaltung noch während des größten Teils des Jahres (über den 1. Oktober 1920 hinaus) geführt hatten, festgestellt werden. Dementsprechend zeigen die Rechnungsabschlüsse der früheren Gemeindefälle zahlreiche Besonderheiten nicht nur in bezug auf die äußere Form, sondern auch grundsätzlicher Art. Sie mußten daher, um ein möglichst gleichmäßiges Abschlußergebnis zu erzielen, nachträglich nach einheitlichen Gesichtspunkten umgestaltet werden. Der vorläufige Abschluß entspricht im Endergebnis dem damals ermittelten, der einen ungedeckten Fehlbetrag von rund 400 Millionen ergab. Die zentralisierten Werke werden im ganzen um 13,02 Millionen ungünstiger abschließen (Gas 41,50, Wasser 0,49, Elektrizität 10,56, Forsten 1,95; ungünstiger: Kanalisation und Wälder 10,86, Vieh- und Schlachthöfe 6,24, Häfen 2,12, Straßenbahnen 51,38, Schnellbahnen 2,76, Anschaffungsamt 0,14). Bei den Steuern sind 36,57 Millionen mehr zu erwarten. Der Rest entfällt auf die Kammerverwaltungen und die nichtzentralisierten Werke.

Man lacht auf dem Boulevard . . .

Befragung eines antisemitischen Verleumdeters.

Die Beleidigung eines Vertreters des auswärtigen Amtes in Paris führte den Redakteur Jobs Zimmermann gestern vor die Strafkammer des Landgerichts I. Die Anklage bezog sich auf einen Artikel des „Deutschen Abendblattes“ unter der Ueberschrift: „Herr Seliger reißt, man lacht auf dem Boulevard.“

Der beleidigte Leiter einer Unterabteilung des auswärtigen Amtes ist mit dem Titel „Gesandter und bevollmächtigter Minister“ damit betraut, bei Verhandlungen über die Ausführung bestimmter Festsetzungen des Berliner Friedensvertrages das Auswärtige Amt zu vertreten und hat daher wiederholt Reisen nach Paris zu unternehmen. Er nimmt dazu Sekretärinnen und eine Dolmetscherin mit. In dem Artikel wurde sein Auftreten in Paris kritisiert; es wurde erzählt, daß er einen Stab von 4 Sekretärinnen mitnehme, die dafür sorgen, daß der Reichsminister in seinen Räumen nicht aussterbe. Es wird glossiert, daß ein Vertreter des Deutschen Reiches ausgerechnet im „Hotel Jena“ Quartier nehme; dort werde stets ein Salon für ihn bereitgestellt mit einem Schlafzimmer rechts und einem solchen links. In dem einen schlafe Herr Seliger und in dem anderen seine Sekretärin. Es sei bemerkenswert, daß auf solche Weise Deutschland im Ausland der Unerbittlichkeit ausgesetzt werde. — Der Beleidigte war gestern früh einige Stunden vor dem Termin aus Paris hier angekommen, um unter seinem Eide Zeugnis für die Unrichtigkeit der beleidigenden Behauptungen abzulegen. Er meinte, der Verfasser sei wohl durch den Namen „Seliger“ irrtümlicherweise für die Reinigung gekommen, daß er jüdischer Herkunft sei; der Artikel sei nach seiner Meinung aus antisemitischer Tendenz geschrieben. Das Quartier im „Hotel Jena“ wurde nicht von ihm gemietet, sondern von seiner vorgelegten Behörde. Es sei ein sehr großes Hotel, aus mehreren Gebäuden bestehend und sehr voll. Ein anderes Arrangement, um die Sekretärin in der Nähe zu haben, sei nicht möglich gewesen. Er versicherte unter seinem Eide, daß er mit seinen Sekretärinnen niemals in einem unerlaubten Verkehr mit unreinem oder schmutzigem Beigeschmack getreten sei. Er wolle es entschieden zurück, daß er sich bei seinem Auftreten in der Reparationskommission oder sonst lächerlich gemacht und dadurch Deutschland geschädigt habe.

Staatsanwaltschaftsrat Dr. Burchardt ging davon aus, daß der Artikel aus der antisemitischen Tendenz des Blattes zu erklären sei. Es handle sich um eine schwere Beleidigung eines Vertreters des Deutschen Reiches.

Die Macht der Lüge.

Roman von Johann Bojer.

Allmählich war es dunkel geworden, daß die großen Hängelampen über dem Tisch angezündet werden mußten. Und obwohl es nur Fruchtwein gab, war die Stimmung doch hoch gestiegen, und die meisten Köpfe leuchteten rot im Lampenschein, das Gespräch wurde lebhaft, Gelächter erdröhte.

Die beiden Geschworenen sahen ganz unten am Tisch, und jetzt sagte der eine vorsichtig zum anderen: „Ist es wohl nicht mehr Brauch, daß man den Ehrengast durch den Saal trägt?“

„Wir wollen abwarten“, meinte der andere vorsichtig. „Wie nannten wir doch den Norby damals auf der landwirtschaftlichen Schule?“

„Dicker!“ sagte der andere, und nahm heimlich einen Knochen in die Hand.

Der erste fing an zu lachen. Es war so lustig, daß sie einmal mit Norby gute Kameraden gewesen waren und ihn den Dicken genannt hatten.

Als jetzt Norby an sein Glas schlug, wurde alles still. Er erhob sich mit etwas rotem Kopf und blickte erst auf Marit und dann über die Versammlung. Seine Stimme klang belegt, als er sagte: „Ich möchte für mich und meine Frau dank sagen. Und dann möchte ich euch bitten, ein Glas auf die zu trinken, an die ich heute abend besonders denken muß, unsere Geschworenen!“ Und beim Anstoßen rief Frau Thora begeistert: „Es leben die Geschworenen, es lebe unsere Gerichtsbarkeit!“

Das fand großen Beifall, und der Sägemüller leitete auch jetzt die Begeisterung mit seinem hipp, hipp, hurra. Und gleich darauf stand der eine der Geschworenen auf und sagte: „Komm, laß nehmen wir ihn!“

„Ach, laß uns noch warten“, schlug der andere vor. „Nein“, sagte der erste — wir wollen den Leuten zeigen, daß wir uns um Wangens Beschuldigung, wegen der Parteilichkeit, nicht kümmern.“

Da stand auch der andere auf, und sie schlichen sich beide hin zu Norby, um ihn auf ihre Arme zu nehmen. Erst leistete der Alte energisch Widerstand. Aber als der eine der Geschworenen sagte: „Komm, Dicker!“ da kamen ihm die alten Erinnerungen, und er lachte und gab nach. Die Versammlung jubelte, als er herumgetragen wurde. Nachdem er wohlgehalten wieder an seinem Platz angekommen war, erhob sich Frau Thora und sagte zu einer jungen Bauersfrau: „Jetzt kommt Frau Norby dran!“ Und sie eilten hin und trugen Marit auf den Armen, und die Stimmung stieg immer höher.

Aber dem Sägemüller ging es schließlich kläglich. Während die Stimmung der anderen beim Essen und Fruchtchampagner stieg, fühlte er sich immer flauer, und er flüsterte dem Amtsrichter zu: „Glauben Sie nicht, daß wir wenigstens zum Kaffee etwas Ordentliches bekommen?“

Der Amtsrichter schüttelte den Kopf, und der Sägemüller stieß einen tiefen Seufzer aus und trocknete sich den Schweiß von der Stirn.

„Du“, sagte Norby zu seiner Frau — „ist es nicht merkwürdig, daß Herkuffen nicht hier ist?“

„Schlingel“, flüsterte Marit und mußte lachen. Auch Norby gluckste vor Lachen.

Neue Redner traten auf, am besten sprach ein junger Schullehrer aufs Vaterland. Danach sangen sie stehend mehrstimmig die Volkshymne. Und endlich erhob sich auch Pastor Borring. Er wußte, daß alle eine Rede von ihm erwarteten. Obgleich er sein Erscheinen wohl erwogen hatte, fühlte er sich seltsam bekommen — Nachdem Wangen dem Gericht einen gefälligen Brief vorgelegt hatte, war er freilich überzeugt, daß seine erste Annahme die richtige gewesen war, und Lars Kleens Beichte nur die fixe Idee eines Sterbenden. Und doch konnte er nicht anders, er mußte immerfort an Wangen denken, und zu aller Verwunderung begann er jetzt von ihm zu sprechen.

Er bat die Versammlung, auch dem unglücklichen Schuldigen einen mitleidigen Gedanken zu senden. Heute abend war hier mit Recht gesagt worden, man müsse um jeden Unschuldigen einen Ring bilden. Schön! Aber laßt uns gleichzeitig — wenn auch nur im Geiste — auch um den einen Ring bilden, der schuldig ist. Er vor allem bedarf der Aufrichtung und Hilfe. Und seine Frau . . . Aber hier konnte der Pastor nicht weiter. Er setzte sich. Vielen standen die Tränen in den Augen.

Und von neuem gab es eine Ueberraschung, als Norby an sein Glas schlug und aufstand: „Ich schlage vor“, sagte er — „daß wir eine Sammelliste für Frau Wangen auslegen. Ich werde nach schwachen Kräften das meine beitragen! Wir müssen bedenken, daß sie völlig mittellos und mit drei Kindern zurückgelassen ist!“

Als er sich gesetzt hatte, entstand eine Pause. Mehrere blickten sich an, als wollten sie sagen: „Es ist und bleibt doch etwas Besonderes!“

26.

Man war mit dem Nachtschiff fertig, der Kaffee kam, und bald plauderte man unter Rauchwolken.

„Wissen Sie Herr Amtsrichter“, sagte Frau Thora zu ihrem Tischherrn — „wem Norby ähnlich sieht?“

Der Richter blickte auf ihn, die Zigarette im Mund und antwortete: „Nein — doch, das heißt . . .“

„Sehen Sie denn nicht die Ähnlichkeit mit Saribadi?“

„Doch, wirklich, Sie haben recht“, sagte der Amtsrichter.

Und an der ganzen Tafel drehte sich das lebhafteste Gespräch ausschließlich um Norby. Das kam ganz von selbst. Zwei Landwirte erzählten von dem letzten Aufenthalt des Königs in dieser Gegend. Da sei Norby ganz ruhig auf ihn zugegangen, habe ihm die Hand gereicht und ihn hier in der Gemeinde willkommen gewünscht. Einar mußte der Frau des Amtmannes von seiner Großmutter erzählen. Ingeborg wurde über ihre Mutter ausgefragt, der Amtsrichter pries Norby als vorzüglichen Bostonspieler. Der Vorsitz einer Landgesellschaft erzählte von einer Landaufteilungssache, bei der Norby Obmann gewesen, und berichtete, wie gut er den Leuten zureden verstand. Der Arzt sprach über Norbys Kopfform und namentlich über die rassistige Stirn. — Seine Lob war in aller Munde, jeder grub aus der Erinnerung kleine sympathische Züge hervor und erzählte sie. — Es war, als würde der Alte dort immer höher und höher gehoben, getragen von all dem, was heute abend hier geweint, gesungen, gesprochen und gefühlt worden: er schwebte sozusagen in einer goldenen Wolke von Sympathie und Bewunderung.

Nur Einar war durch die Rede des Pfarrers ganz ernüchert worden, und viele Fragen durcheinander stiegen in ihm auf. Durch all diese verklärenden Wolken um diesen Tisch warf er den Blick auf — etwas anderes.

Die besten Empfindungen und Ideale all dieser Menschen waren heute hier, um seinem Vater zu huldigen. Er wagte nicht mehr, darüber nachzudenken, ob der Vater schuldig sei oder nicht. Aber, gesetzt den Fall . . . Sind denn die heiligsten Gefühle und Ideale der Menschen vollständig blind, können sie ebensogut zur Verherrlichung eines Verbrechens, einer großen Lüge herhalten . . . Ist es wirklich so? Nein, das darf es nicht . . .

Gab es keine Sicherheit mehr, wenn erst des Herzens volle Wärme die Reden der Menschen durchglühte, daß die Augen feucht wurden und die Stimmen vor Bewegung zitterten — war das so? Das durfte nicht sein.

Aber wenn doch . . . konnten sich die Menschen nicht damit entschuldigen, daß sie in gutem Glauben wären? Denn Tatsache blieb doch Tatsache — wenn sie den Verbrecher bestrafen und den Unschuldigen ins Gefängnis warfen, dann wurde ja der gute Glauben zum fürchterlichsten von allem. Denn der beging seine Untaten mit göttlich gutem Gewissen, und alle streckten die Waffen, wenn er kam. — War es nicht so . . . ?

(Schluß folgt.)

Das Mastschwein und wir.

Von Ernst Piisch.

Wir stellen diese interessanten Anregungen eines Fachmannes zur Diskussion. Red. d. „Vorwärts“.

Jemand hat vor längerer Zeit einmal gesagt: wir dürfen uns vom Schwein nicht auffressen lassen. Bei den jeweilig noch drängenderen Sorgen hat man keine Zeit gefunden, über die Berechtigung dieser Mahnung Betrachtungen anzustellen.

Das Durchschnittslebensgewicht sämtlicher im Verlauf eines Jahres jetzt in Deutschland zur Schlachtung kommenden Schweine beträgt etwa 200 Pfund, das Schlachtgewicht 150 Pfund. Von diesen 150 Pfund sind etwa 100 Pfund Fleisch und 50 Pfund Fett.

Wir schlachten im Jahr jetzt etwa 20 Millionen Schweine, produzieren also 1000 Millionen Pfund oder eine halbe Million Tonnen Fett. Das Fett gewinnen wir im wesentlichen durch Mästung. Die Produktion eines 2 Zentner schweren Schweines erfordert etwa 6 Zentner Körner und 20 Zentner Kartoffeln.

Die Gewinnung von Fett kostet an Nährwerten mindestens dreimal soviel als die von Fleisch.

So kosten an Nährwerten die 100 Pfund Fleisch plus 10 Pfund Fett eines ausgeschlachteten 2-Zentner-Schweines etwa ebensoviel als die restlichen 40 Pfund Fett. Diese erfordern also den Verbrauch von 3 Zentnern Körner und 10 Zentnern Kartoffeln.

Heute — morgen ist es schon wieder anders — haben die halbe Million Tonnen Fett, die Tonne zu 80 000 M., einen Wert von 40 Milliarden Mark, die zu ihrer Erzeugung erforderlichen 3,75 Millionen Tonnen Körner, die Tonne zu 11 000 M., einen Wert von 41 Milliarden Mark und die erforderlichen 12 1/2 Millionen Tonnen Kartoffeln, die Tonne zu 2500 M., einen Wert von 31 Milliarden Mark.

Danach würde die Landwirtschaft im Jahre etwa 32 Milliarden Mark bei jetzigen Preisen als Jahresdurchschnitt zusehen, was sie natürlich nicht tut. Einmal ist der Preis von 80 000 M. für die Tonne Fett unter Berücksichtigung der billigeren Margarine und des Auslandfettes angelegt; ferner fordert die Landwirtschaft vom Konsumenten für Fleisch wieder ein, was sie am Fett unter dem Einfluß der Konkurrenz von Auslandsfett und Margarine nachläßt; denn das Verhältnis zwischen Fett- und Fleischpreis ist nicht wie 3 zu 1, sondern wie 2 zu 1 und enger; das im Inlande produzierte Tierfett ist im Verhältnis zum Fleisch billig, das Fleisch viel zu teuer. Drittens haben die jetzt Fleisch und Fett gebenden Schweine ihre Hauptlebenszeit bei billigeren Nahrungspreisen als den jetzigen verbracht. Und schließlich: wie manche Fabrik jahrelang Unsummen für Feuerung zulegt, ehe sie die bessere, Kohlen sparende Maschine anschafft, wie die große Masse der Bauern sich vor dem Kriege nicht durch Kunstdünger Verwendung die lohnenden hohen Ernten der intensiv wirtschaftenden mittleren und großen Betriebe holte, so stellen sich die Landwirte auch nicht ohne weiteres auf die neuen Verhältnisse um, die die Abschaffung der Schweinemastwirtschaft und die Einrichtung auf Schweinefleischproduktion erfordern.

Es handelt sich hier aber nicht um die Interessen der Landwirtschaft; es ist die ganze Volkswirtschaft, die die Verschwendung von 30 Milliarden an Nährwerten nicht erträgt; der Ernährung, der Wohlfaßen und des Einflusses auf den Wert unseres Geldes wegen nicht!

Ferner um der übrigen noch größeren Schäden willen nicht, die aus der Knapphaltung von Getreide, Kartoffeln und Fleisch für die Menschen durch die Schweinemastwirtschaft resultieren. Sie können hier nur kurz angedeutet werden.

Die andauernde übermäßige Steigerung der Preise für alle Ackerzeugnisse und die Produkte daraus ist nicht etwa begründet in den Produktionskosten plus angemessenem schönem Gewinn, sondern lediglich darin, daß die Nachfrage nicht befriedigt wird. Und sie wird nicht befriedigt, weil das Angebot mittels der Schweinemasthaltung kurz gehalten werden kann und kurz gehalten wird.

Wir wissen alle von der Kartoffelnot, von der Brot- und Fleischteuerung. Die Befassung aber, die die Umwandlung von Getreide und Kartoffeln in Fett mit sich bringt, trifft nur den einen Volksteil, die kaufenden Konsumenten, mit der ganzen Wucht; der Produzent und gleichzeitig Konsument hält sich — ich behaupte gar nicht, mit bösem Willen — an den Preisen für die verknappten Ackerzeugnisse vollaufschuldig und läßt den unsoliden Zwischenhandel noch daran teilnehmen. Diese Befassung des einen Teiles der Bevölkerung hat zur Folge, daß ihm in Form von höheren Löhnen und Gehältern größere Mittel zur Befriedigung der ungeliebten Ansprüche des anderen zur Verfügung gestellt werden müssen, die dann lustig die Verteuerung aller Lebensbedürfnisse in Fluß halten lassen: teure Nahrung — teure Löhne; teure Löhne — teure Industriezeugnisse; teure Industriezeugnisse — teure landwirtschaftliche Produktion; teure landwirtschaftliche Produktion — teure Nahrung; teure Nahrung — usw. Teure Nahrung aber an der Spitze! Ganz vorn die Kartoffel!

Dem Landwirt geht es gut. Die Kartoffel, dem Produzenten eine Art Saisonartikel, an sich reichlich vorhanden, wird zurückgehalten, weil sie als Mastfutter Verwendung finden kann, und weil sie, da sie als Futtermittel Verwendung finden kann, im Herbst käuflich angefordert, im Preise steigt. Der Winterbedarf im Westen wird nicht gedeckt; im Frühjahr steigen die Preise der Nachfrage wegen und weil niemand weiß, was vorhanden ist und angeboten werden wird, hoch ein; vielleicht — lassen sie später etwas nach. Viel wird es nicht. Dem Landwirt geht es gut; er ist nicht traurig, wenn etwas mehr zu Futter übrig bleibt, als durchaus nötig wäre.

Optimisten mögen glauben, daß von selbst in ablehbarer Zeit Aenderung zum Besseren eintritt, daß wir schon in wenigen Jahren große Ernten bekommen oder in der Lage sind, wieder wie vor dem Kriege unbegrenzte Mengen Futtermittel

vom Ausland zur Entlastung unserer Getreide- und Kartoffelernten einzuführen. Ich bin überzeugt, daß es für die nächsten langen Jahre nur ein Mittel gibt, um zu erreichen, daß die Kartoffel, das mehr noch als in Vorkriegszeiten allgemeine Volksnahrungsmittel den Markt wieder braucht, sich ihm willig hergeben muß. Das sind Maßnahmen, die erzwungen, daß sie nicht verfüllt werden kann; wozu die Abdrosselung der Mastung erforderlich ist, an deren Stelle Ersatzbeschaffung für das heimische Tierfett durch verstärkte Margarineproduktion und vermehrte Auslandsfetteinfuhr Voraussetzung ist. Wir dürfen von unserer Landwirtschaft für unsere Ernährung nur Brot, Kartoffeln, Milch, Eier, Gemüse und Fleisch fordern, müssen Fett ablehnen. Bezüchten wir auf letzteres, erreichen wir, daß die Landbevölkerung selbst darauf verzichtet, so bekommen wir von allem anderen vollauf, so gelangen wir zu einer gesunden Ernährungswirtschaft.

Von selbst stellt sich die Landwirtschaft mit ihrer aus den Vorkriegsjahren gewohnten Art der Schweinehaltung freilich nicht um; sie behält sie — deshalb viel zu klein — auf Mastwirtschaft zugewandt bei; sie schränkt sie bei steigenden Ackerzeugnispreisen bis zu einer Knappheit an Fleisch ein, wie wir sie in kurzem, zunächst für länger als ein Jahr, erleben werden; und dehnt sie erst wieder aus, wenn die Preise für Kartoffeln und Getreide zu sinken anfangen, ohne uns aber etwa zur Hoffnung auf billiges Fleisch zu berechtigen.

Wir brauchen gewiß die Vergrößerung der Schweinehaltung zur Fleischgewinnung. Die ist aber in halbwegs genügendem Ausmaß nur zu erreichen bei Beteiligung der Fettproduktion, der Mastung. Die kleinen Landwirte, die die starke Viehwirtschaft gewohnt sind und sie beibehalten bzw. wiedergewinnen wollen, werden, wenn sie den Nachteil der Mastwirtschaft deutlich am Geldbeutel spüren, sich sehr schnell auf das Produzieren des billig und ohne schädigende Konkurrenz für den Menschen im Verzehr von Getreide und Kartoffeln zu ziehenden Fleischschweines einrichten.

Der Verzicht auf einheimisches Tierfett muß ein allgemeiner werden. Wie das zu erreichen ist? — Ich sehe in der freien oder fast freien Wirtschaft als alleiniges Mittel die hohe Besteuerung der heimischen Tierfettproduktion. Man erhebe die Steuer vom geschlachteten Schwein. Jedes Pfund, um das ein ausgeschlachtetes Tier mehr als 120 Pfund wiegt, koste Steuer; bei geringem Uebergewicht wenig, bei hohem viel. Als Prämie auf die notwendige Vermehrung der Fleischschweine belaste man die geschlachteten Mutterschweine, die einmal gesunde Achtwochenferkel aufgezogen haben, geringer und lasse die mehrmaligen Mütter schließlich ganz frei.

Unmöglich? — Unmöglich ist die Fortdauer der Riesenerosion, die wir in unserer kläglichen Armut mit unseren Ackerzeugnissen treiben. Unmöglich die Fortdauer der Bereicherung des einen Volksteils zum Schaden des anderen, zum Schaden schließlich aller.

Wirtschaft

Der bedrohte Kleinwohnungsbau.

Die hochgetriebenen Preise haben stark auf den Baumarkt gewirkt und gerade die aller notwendigsten und allerdinglichste Bauartigkeit, den Kleinwohnungsbau, hart getroffen.

Auf dem freien Baumarkt ist gegenüber dem Vorjahre eine gewisse Steigerung der Bauartigkeit — soweit man es nach den ersten Wochen der diesjährigen Bauperiode überblicken kann — zu erwarten. Bei Industrie und Handel sind es Neubauten von Geschäftshäusern, Aufstockungen, in der Landwirtschaft Reparaturen und Neubauten von Wirtschaftsgebäuden, auf dem Wohnungsmarkt kleine Villen und Landhäuser. Dagegen wird der bezugskaufte Kleinwohnungsbau in diesem Jahre voraussichtlich eine Abnahme erfahren. Wohl sind für Bauzuschüsse höhere Mittel als früher bewilligt, doch bleiben diese hinter der Steigerung der Baumaterialienpreise weit zurück. Die einzelnen Baukostenzuschüsse sollen — wie wir hören — jetzt wieder eine Erhöhung finden. In den Baufreien wird immer noch über schlechten Gang des Zuschußverfahrens geklagt und dargelegt, daß man bei der rapid anwachsenden Steigerung bald besser wegkomme, ohne Zuschüsse vorwärts zu bauen, da bei zu spät eingehenden Zuschüssen diese durch die Preissteigerung bereits aufgehört sind. Gleichfalls verteuert würde die zu knappe Baumaterialienbelieferung. Von den kapitalträgen Kreisen in Industrie und Handel finde eine „Ziegelhomsterel“ selbst zu Spekulationszwecken statt, worunter gerade der Kleinbau sehr zu leiden habe. Dem Wohnungselend der Arbeiterschaft wird also, wenn nicht eine umfassendere weisliche Hilfe einsetzt, in diesem Jahre noch weniger als zuvor gesteuert werden.

Die Preisbewegungen haben auch bei den Baumaterialien zu bemerkenswerten Verschiebungen in dem Preisverhältnis zueinander geführt. Man geht z. B. jetzt dazu über, statt des Ziegelunterbaues wie bisher den nunmehr billigeren Zement zu verwenden. Daß die Zementpreise aber auf der heutigen — an sich sicher nicht niedrigen Höhe — doch noch gehalten wurden, war nur durch die gebundene Wirtschaft möglich. Hauptächlich der Preise wegen ist man auch noch nicht an die beabsichtigte Aufhebung der sogenannten Bundesratsverordnung von 1916 über die Beschränkung des Absatzes und die Erzeugung von Zement“ herangetreten. Gegen eine Aufhebung dieser Verordnung sprechen folgende Gründe:

Sie wird einmal eine unmittelbare Preissteigerung zur Folge haben; sodann ermächtigt sich auch das Produktivergebnis bedurch, daß sich die schon an sich knappe Kohlenbelieferung auf beliebige — auch weniger wirtschaftlich arbeitende — Werke erstrecken muß. Solange die Kohlenzwangswirtschaft besteht, ist es notwendig, die zugestellte Kohle möglichst produktiv zu verwenden. So ist es gelungen, die Produktion gegen Frühjahr 1921 von 200 000 Tonnen monatlich auf 400 000 Tonnen in diesem Frühjahr zu steigern, und man hofft bei der nunmehr um 50 v. H. erhöhten Kohlenbelieferung die Produktion auf 500 000 Tonnen zu bringen. Um die Baustoffproduktion weiterhin zu heben, ist für aus inländischen Kohlen hergestellten Zement ein Ausfuhrverbot erlassen und weiter be-

absichtigt, auch aus ausländischen Kohlen hergestellten Zement für die Inlandsproduktion zu vermerken. Gerade die Industrie und Wasserwerke, die bisher an den Zementmarkt besondere Ansprüche gestellt haben, sollen auf Grund von Einzelverträgen mit dem mit Auslandskohle hergestellten Zement beliefert werden. Eine allgemeine Belieferung mit diesem Zement dürfte nicht möglich werden, damit nicht der im Inlandsverkehr gehandelte Zement verschwindet, um als Auslandskohlen-Zement teurer verkauft zu werden.

Diese für die Produktionssteigerung beabsichtigte Maßnahme ist erst möglich geworden durch die bis zum Herbst befristete Gewährung der steuerfreien Einfuhr ausländischer — insbesondere englischer — Kohle.

Die Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaus. Durch Reichsgesetz vom 6. März 1922 sind bekanntlich die Sätze für die Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaus von 5 auf 25 Proz. erhöht worden, wozu die Gemeinden ihrerseits Zuschläge bis zu 25 Proz. erheben müssen. In den beteiligten Kreisen wird da und dort noch mit dem Erlaß von Ausführungsbestimmungen zu dieser Reichsgesetznovelle geredet. Solche sind nicht zu erwarten und nicht nötig; vielmehr können die Gemeinden auf Grund der reichsgerichtlichen Bestimmungen ihrerseits unmittelbar die erforderlichen Beschlüsse wegen Erhebung der erforderlichen Abgabe fassen.

Entredung von Betriebsräten.

Uns wird geschrieben: In der am 2. Mai 1922 in Frankfurt am Main abgehaltenen Generalversammlung der Mitteldeutschen Creditbank lag ein Antrag der Verwaltung vor, der für die Folge die Gesamtheit des Aufsichtsrates auch der Bestellung der Vorstandsmitglieder und der Zustimmung zur Prokurenerteilung entbeht und dieses Recht einem sogenannten Personalausschuß überträgt. Solche Anträge sind auch in den Generalversammlungen einer ganzen Reihe von größeren und kleineren Industriegesellschaften gestellt und genehmigt worden. Der Generalversammlung der Mitteldeutschen Creditbank, die als erste der Großbanken ihre Generalversammlung abhielt, wohnte aber als Aktionär das Zentralvorstandsmitglied des Deutschen Bankbeamtenvereins, Herr Decker, Frankfurt a. M., an, der diese Anträge als eine Ausschaltung der Rechte jeder Minderheitsvertretung im Aufsichtsrat und sie auch als gegen das Gesetz verstoßend bezeichnete. Die Anträge der Verwaltung der Mitteldeutschen Creditbank wurden indes doch gegen die Stimmen einiger Opponenten angenommen, worauf von Herrn Decker folgender Widerspruch zu Protokoll erklärt wurde:

Gegen den Beschluß der 67. ordentlichen Generalversammlung der Mitteldeutschen Creditbank am 2. Mai 1922 in Frankfurt a. M., § 13 Abs. 4 des Statuts, wodurch die Prokurenerteilung an die Zustimmung des Aufsichtsrates gebunden war, zu freieren, ferner § 16 dahin zu ändern, daß die Anstellungsverträge mit den Vorstandsmitgliedern und den stellvertretenden Vorstandsmitgliedern nicht mehr der Zustimmung, sondern ein gleichberechtigter Personalausschuß abschließt und daß auch nur dieser zur Prokurenerteilung seine Zustimmung zu geben hat, ferner insolge Änderung des § 16 auch § 24 Abs. 2 Ziffer 1 zu ändern und die Einsetzung eines § 23a (Personalausschuß) vorzunehmen, erkläre ich als Aktionär hiermit gemäß § 271 HGB, Widerspruch zu Protokoll. War der Aufsichtsrat bisher schon berechtigt, gemäß § 25 des Statuts gleichberechtigte Ausschüsse zu bilden, wodurch (sowie schon eine Ausschaltung von Minderheitsvertretungen im Aufsichtsrat möglich war, so stellen die nunmehrigen Beschlüsse eine völlige Realisierung jeder Minderheitsvertretung im Aufsichtsrat dar. Diese wird jeglichen Einflusses beraubt, während auf der anderen Seite geschäftlich die gleiche Haftung für sämtliche Mitglieder des Aufsichtsrates besteht. Die Beschlüsse müssen aber auch als gegen das Gesetz verstoßend betrachtet werden; denn sie verfolgen offensichtlich den Zweck, dem Betriebsratsmitgliedern, die in aller Kürze auf Grund des Gesetzes über die Entsendung von Betriebsratsmitgliedern in den Aufsichtsrat vom 15. Februar 1922 (Reichsgesetzblatt Nr. 17 vom 28. Februar 1922) in den Aufsichtsrat entsendet werden, jegliches Mitspracherecht zu nehmen, obwohl auch diese Aufsichtsratsmitglieder nach dem erwähnten Gesetz (§ 3) die gleichen Rechte und Pflichten haben wie die übrigen Aufsichtsratsmitglieder. Diese Beschlüsse sind daher rechtlich unhaltbar.

Es bleibt abzuwarten, welchen Verlauf die Klage nehmen wird, die nunmehr beim Landgericht Frankfurt a. M. gegen den Beschluß der Generalversammlung der Mitteldeutschen Creditbank angehängt werden muß.

Für 8,2 Milliarden neues Papiergeld. In der letzten Aprilwoche mußten zur Befriedigung der Ansprüche des Verkehrs an papierernen Zahlungsmitteln 8,2 Milliarden Mark Banknoten und Darlehensstellencheine neu ausgeben werden. Es sind jetzt für 140,4 Milliarden Mark Banknoten und für 9,1 Milliarden Mark Darlehensstellencheine im Verkehr. — Der Reichsbankebericht verzeichnet auch das bei der Bank von England zur Entlastung der Devisenzahlungen der Reichsbank angelegte Golddepot, das jetzt 47,2 Millionen Goldmark beträgt.

Die Reparationskoste. Die von Deutschland an Frankreich gelieferte Reparationskoste bewirkt in erster Linie die Einschränkung der deutschen Industrieproduktion, da die Betriebe nicht mehr über die nötigen Kohlenmengen verfügen. Da Frankreich aber infolge seiner ausreichenden Kohlenproduktion diese Produkte nicht benötigt, verläuft es sie zu billigen Preisen an Italien usw. und verursacht dadurch die schwere Krise der englischen Kohlenindustrie. Diese wußte ihre Produktionskosten und dadurch ihre Preise durch die drastischen Lohnherabsetzungen in einer Weise herunterzudrücken, daß sie ihre Märkte zurückerobern konnte. Die Folge davon ist, daß, wie aus Frankreich gemeldet wird, trotz den auch in Frankreich erfolgten Lohnherabsetzungen im Bergbau und der Herabsetzung der Kohlenpreise, der französische Kohlenbergbau sich in der schlimmsten Lage befindet. Im Pas de Calais und in den nördlichen Departements wie auch in den südöstlichen Kohlengruben Frankreichs herrscht Kurzarbeit, ja es wurden viele Gruben außer Betrieb gesetzt. Die Vorräte häufen sich in den Lagern der Bergwerke auf. Keiner gewinnt — jeder verliert; das ist die Bilanz des Diktats von Versailles.

Englische Schwierigkeiten infolge amerikanischer Arbeitslosigkeit. Der amerikanische Markt hat von jeher die Produkte der englischen Leinenindustrie aufgenommen. Ein großer englischer Leinenfabrikant erklärt dazu im „Manchester Guardian“, daß in der letzten Zeit die englische Leinenindustrie, die sich bereits auf dem Wege der Besserung befand, infolge der steigenden Arbeitslosigkeit und der großen Arbeitskonflikte in den Vereinigten Staaten eine schwere Krise durchzumachen hat. Eine Beseitigung dafür, wie die Wirtschaften der einzelnen Länder aufeinander angewiesen sind, und des weiteren, wie die durch Arbeitslosigkeit verminderte Kaufkraft der Arbeiterschaft Produktion und Verkehr unterbindet.

Der kleine Jan
von Heinrich Schulz
Für Eltern und Kinderfreunde ein köstliches Buch. Künstlerischer Einband, mit vielen Zeichnungen von T. Schaller.
Preis gebunden 10 Mark
Buchhandlung Vorwärts
Lindenstraße 2



Pyrobomben
Inhalt 1 Liter, enthält 100 Gramm Dynamit.
Der kleine Gegenstand wird gelobt, die überflüssige Sorge gebend.
Schiff ist gut, billig und bestimmt.
Schiff in Rotterdam, Drogeriehandlungen und Buchhandlungen.

Photo-Kaufhaus
A. Grünberg
Berlin SO 33, Mariannen-Ufer / Mpl. 457a. A. d. Köpenicker Br.
Größtes Photo-Spezialgeschäft des Südostens
Fotomaterialien, kal. Rollen, Steno-Gegenstände, Apparate, Platten, Papieren, Postkarten usw.
Vorhau, Tausch, Ankauf.



Gold- u. Silber-Druck
Brillanten etc.
zählt die höchsten Tagespreise
Juwelen-Einkaufsgesellschaft
Berlin Antwerpen
Beuthstraße 12
(Spittelmarkt)

